



**Protokoll der 42. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Montag, 20. Mai 2019, 16:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber

Namensaufruf: 40 anwesende Mitglieder

Entschuldigt:

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Herbert Vetter

Traktanden

- 228 Mitteilungen
- 229 Protokoll der Sitzung vom 24. April 2019
- 230 Liegenschaften Finanzvermögen, Zürcherstrasse 180, Haus Reding, Frauenfeld; Fassaden-
sanierung, Fensterersatz und Dämmung Dach, Kreditantrag über 621'400 Franken
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 231 Geschäftsbericht und Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr
2018
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter.

Ja, das ist sie nun, die letzte Sitzung der Legislatur und auch unter meiner Führung. Ein schönes Jahr war es mit vielen Höhepunkten, aber auch – ich sag's ganz offen – Ärger und Frust. Ich bin eine, die schnell wieder zum Positiven zurückkehrt und ich werte meine vielen intensiven, lustigen und fröhlichen Begegnungen als einen Glücksfall. Ich bin dankbar, dass meine Partei und meine Fraktion, ihr als Gemeinderat und die Stadt Frauenfeld mir die Chance auf dieses Amt gegeben habt. Eine Ehre ist es sehr wohl und nicht selbstverständlich, vor allem als Bernerin mit Peitsche, um zu den Anfängen zurückzukehren. Ich ziehe meinen Hut vor allen meinen Vorgängerinnen und Vorgängern. Es ist kein Leichtes, Familie, Beruf und politische Ämter unter einen Hut zu bringen. Ich hoffe, mit meinem Engagement Tür und Tor geöffnet zu haben 1. für eine jüngere Generation, 2. für Frauen in der Politik und 3. auch, dass man es mit Familie in der Politik nicht einfach haben, aber sehr wohl vereinbaren kann. Ich danke denn auch meiner Familie von Eltern über Freunde und natürlich meinen Weber Giele von ganzem Herzen für die Unterstützung und Begleitung in dem intensiven Jahr.

Ich habe sportlich begonnen mit der Tour de Suisse, und den Abschluss hat das kantonale Schwingfest gemacht. Überhaupt ist mir aufgefallen, wie sportlich unsere Stadt ist. Einmal den Stadtlauf, den Militärwettmarsch und die Schweizermeisterschaft in Latein- und Standardtanzen hautnah zu erleben, ist beeindruckend. Militär ist ein gutes Stichwort. Immerhin haben sie dafür gesorgt, dass ich nach all den Brevetierungen und Feiern nun doch noch einigermaßen das Thurgauer Lied singen kann. Der andere Schwerpunkt in dieser Stadt sind eindeutig die Musik und Feste. Lustig war's bei den Senioren, wunderschön bei den Jodlern und rassig bei der Stadtmusik. Das Konzert mit Eminem am Open Air ist sicher in den Augen meiner Kinder als Höhepunkt zu werten. Kufstein als Partnerstadt war in diesem Jahr sehr intensiv und ich freue mich schon auf die lebensgrosse Krippe im Advent. Da kommt mir das Stichwort Improvisation in den Sinn. Die braucht Frau als Gemeinderatspräsidentin schon immer wieder mal und meist dann, wenn sie es gar nicht erwartet. Aber das Bild nach aussen, das Bild von Frauenfeld als Stadt, das ist das wichtigste Gut, was man in diesem Jahr verteidigen soll und kann. Denn seien Sie versichert, es ist eine grosse Ehre und man muss sich ihr auch würdig erweisen. Nun, dies gelang mir hoffentlich einigermaßen und ich sage es offen: Ich habe es auch genossen und sehr gern gemacht. Ihr wart nicht immer einfach zu führen und sicher habt ihr umgekehrt manchmal auch gedacht wie im Lied von Lo & Leduc "I ha gmeint, de Tüüfu chunnt im Fүүr u nid im rote Chleid". Nichtsdestotrotz, ich danke euch herzlich für die Zusammenarbeit hier im Rat, dem Büro fürs Zuhören und sehr lustige Abende, dem Stadtrat für die konstruktive Art der Zusammenarbeit, dem Team hier im Rathaus und in der Stadtkanzlei für Apéros mit Bier für die Gemeinderatspräsidentin, Protokolle und freundliche Aufnahme als Gast für ein Jahr.

Nun noch ein Wort zum Ratssekretär: Herbert, du bist und bleibst die Konstante in diesem Präsidiumsjaar, und Frau kann sich hundert Prozent auf dich verlassen. Ich werde unsere zahlreichen Mails und Telefone sicher vermissen, schätze dich als Person sehr und ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit im Rathaus.

Als Abschiedsgeschenk habe ich aus meiner Heimat, dem Emmental, etwas auf Ihren Tisch gelegt, und ich danke nochmals herzlich allen, die mich auf diesen Ausflug begleitet haben. Es war mir eine grosse Freude, eure Präsidentin zu sein. Merci viu mau!

Nun weiter im Geschäft. Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 40 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 21.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt, und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

228

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):

1. Am 7. Mai 2019 wurde dem Gemeinderat die Botschaft Nr. 46 des Stadtrats "Botschaft für einen Nettokredit von 470'000 Franken zur Attraktivierung und Entwicklung der Frauenfelder Innenstadt für vier Jahre 2019-2022" zugestellt.

229

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 24. APRIL 2019

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Das Protokoll der 41. Sitzung des Gemeinderats wurde am 9. Mai 2019 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch 24. April 2019 gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

230

LIEGENSCHAFTEN FINANZVERMÖGEN, ZÜRCHERSTRASSE 180, HAUS REDING, FRAUENFELD; FASSADENSANIERUNG, FENSTERERSATZ UND DÄMMUNG DACH, KREDITANTRAG ÜBER 621'400 FRANKEN

Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Mit Botschaft Nr. 42 des Stadtrats wurde dem Gemeinderat am 19. Februar 2019 der Kreditantrag von 621'400 Franken zur Fassadensanierung, Fensterersatz und Dämmung Dach beim Haus Reding, Zürcherstrasse 180, Frauenfeld unterbreitet.

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration hat einstimmig beschlossen, auf die Botschaft einzutreten und empfiehlt dies auch.

Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Die Fraktion CH/Grüne/GLP ist mit der Botschaft zum Haus Reding nicht zufrieden. Wir beantragen Nichteintreten und Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat. Wir wissen gar nicht, wo wir anfangen sollen, die Botschaft wirft so viele Fragen auf. Auf drei Punkte möchten wir uns konzentrieren.

1. Für das Haus Reding wurde ein GEAK, ein sogenannter Energieberatungsbericht erstellt. Diesen habt ihr alle hier im Saal übers Wochenende erhalten. So ein Bericht ist gut für die erste energetische Beurteilung der Qualität eines Gebäudes. Im Bericht wird der heutige Zustand dokumentiert und drei verschiedene Sanierungsvarianten geprüft und mit einer Wirtschaftlichkeitsrechnung hinterlegt. Eigentlich ist das eine gute Sache. Leider sind in der Botschaft praktisch keine der aufschlussreichen Informationen enthalten und auch der vorprüfenden GPK lagen diese Informationen nicht vor.
2. Die Erdgasvariante, die in der Botschaft in Variante B vorgeschlagen wird, ist in der Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung über 25 Jahre nur die zweitbeste Variante. Die Wärmepumpenvariante C, die auch vom Ingenieurbüro empfohlen wird und dem kalten Fernwärmering angeschlossen werden könnte, schneidet um über 100'000 Franken besser ab. Der Fernwärmering könnte so auch besser ausgelastet werden. Die Begründung, dass der Anschluss aktuell nicht mit vertretbaren Kosten möglich sei, ist für uns nicht nachvollziehbar. Jedes Betriebsjahr mit einer Wärmepumpe führt zu mehreren Tausend Franken tieferen Energiekosten. Warum die Miete nicht um diesen Betrag erhöhen? Für den Mieter ändert sich an den Gesamtkosten dadurch nichts. Die Stadt erhält aber mehr Miete und das Geld fließt nicht an die Erdgasproduzenten im Nahen Osten und in Russland.
3. Die Botschaft entspricht mit Erdgas als Energieträger nicht den städtischen Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft. Fossile Energieträger gehören zu den Auslaufmodellen und dürfen bei städtischen Bauten nicht mehr berücksichtigt werden. Man hat den Eindruck, dass der Klimawandel in Frauenfeld keine Rolle spielt und auch die Anliegen der Klimastreikenden nicht ernstgenommen werden. Weiter ist die Botschaft bei den energetischen Sanierungsvorschlägen auf halbem Weg steckengeblieben. Das Gebäude wird zwar für fast 30'000 Franken eingerüstet, ein Wärmedämmputz aber nicht vertieft geprüft. Dafür wird die Fassade zuerst gereinigt, dann der Putz vermutlich noch detailliert auf Hohlstellen und Fehlstellen an den Natursteinanschlüssen untersucht, dann die Stellen abgespitzt, vorbehandelt und die Flickstellen mit möglichst gleichem Material wieder ergänzt und am Schluss das Ganze gestrichen. Viel Aufwand und viel Geld also für reine Flickarbeit ohne Verbesserung der Dämmleistung. Dabei hat sich Dämmputz, also nicht die relativ neuen und wenig erprobten Aerogel-Dämmputze, sondern die konventionellen Dämmputze gerade bei solchen Gebäuden sehr gut bewährt. Sie werden von den Herstellern auch so beworben und sind weit verbreitet, zum Beispiel in der Stadt Zürich. Beim Haus Reding könnte man den Energieverbrauch so weiter reduzieren und eine Wärmepumpenlösung könnte effizienter betrieben werden. Und falls es tatsächlich einmal über eine längere Zeit sehr kalt wäre und die Wärmepumpe zum Heizen nicht genügt, könnte man die bestehende Gasheizung zur Spitzenlast nutzen. Auch das ist eine Standardlösung.

Das waren drei politisch motivierte Gründe, dieses Geschäft zurückzuweisen. Leider geht es aber noch weiter. Es gibt nämlich auch noch zwei handfeste technische Gründe, die für eine Rückweisung sprechen.

1. Ein GEAK wird definitionsgemäss für eine Standardnutzung berechnet, in diesem Fall eine Büronutzung. Aber wie ihr alle wisst, ist im Haus Reding nicht ein Büro drin, sondern eine Druckerei. Diese macht viel Abwärme. Das heisst, der effektive Heizenergieverbrauch liegt viel tiefer. Auch dies steht im GEAK. Das heisst, die Zahlen in der Botschaft von voraussichtlich jährlichen Kosten und Energieeinsparungen von 2'600 Franken und 35'000 kWh stimmen ganz sicher nicht.
2. Und um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, hat man heute Vormittag festgestellt, dass im GEAK noch ein grober Berechnungsfehler drin ist, und zwar beim Gebäudemodell. Man hat gewisse Schichten zehn Mal zu dick eingefüllt, und das ausgerechnet bei der Aussenwand, die ein so relevanter Bauteil ist. Was auch noch hinzukommt, ist ein Fehler in Variante A, die jetzt zwar nicht berücksichtigt ist, aber im Gesamtbild entsteht

bei mir der Eindruck, dass man hier eine schlechte Qualität bekommen hat. Wer weiss, vielleicht wäre die Botschaft mit den richtigen Zahlen ja ganz anders herausgekommen.

Der Gesamteindruck bleibt bei uns haften, dass wir heute über eine Botschaft abstimmen sollen, die nicht transparent ist, die unvollständig ist und fehlerhaft. Die Leute hier drin, die es nicht stört, darüber abzustimmen, können gern auf die Botschaft eintreten. Wir fordern aber eine Rückweisung und fordern den Stadtrat auf, eine neue Botschaft zu machen, in welcher der Variantenentscheid ausführlicher beschrieben ist und auch begründet wird. Man soll die ökonomischen und auch die ökologischen Gesichtspunkte des Geschäfts ausgewogen berücksichtigen. Idealerweise werden auch die CO₂-Emissionen, die durch das Geschäft verursacht werden und mögliche Kompensationsmassnahmen dargelegt. Dies käme auch den Forderungen aus der laufenden Klimanotstandpetition ein bisschen entgegen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Sie haben es gehört, wir haben von der Fraktion CH/Grüne/GLP einen Antrag, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen bzw. nicht darauf einzutreten. Ich lese Ihnen den Antrag vor, der mir vorliegt: "Der Stadtrat wird aufgefordert, eine neue Botschaft zu erstellen, in welcher der Variantenentscheid ausführlicher beschrieben und begründet wird. Dabei sollen sowohl die ökonomischen als auch die ökologischen Aspekte des Geschäfts ausgewogen berücksichtigt werden."

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): Michael Pöll, du musst dich schon entscheiden. Wenn wir nicht eintreten, ist das Geschäft vom Tisch. Ich glaube, du meinst, wir sollten eintreten und das Geschäft zurückweisen.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Es ist richtig so, wie du das sagst. Ich habe das etwas verwechselt. Wir sind für Zurückweisen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Dann ist das nochmals eine andere Ausgangslage. Dann fahren wir jetzt weiter zum Eintreten der Botschaft und werden auch über dieses abstimmen, ausser es ist unbestritten, und dann in der Detailberatung den Antrag nochmals aufnehmen. Sind alle mit diesem Vorgehen einverstanden?

Keine Wortmeldungen zum Eintreten.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Wenn niemand das Wort ergreift, seid ihr mit dem Eintreten stillschweigend einverstanden.

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration hat die Botschaft detailliert behandelt und hat die einzelnen Gruppen auf Seite 3 der Botschaft im Detail besprochen. Es konnte in der Diskussion festgestellt werden, dass diese Sanierung sinnvoll und angebracht ist. Bei den total geschätzten Baukosten, bei den Beiträgen gemäss Förderprogramm Energie wurden wir informiert, dass der Beitrag von 72'600 Franken um 24'000 Franken reduziert werden muss, da die Stadt Frauenfeld keine städtischen Liegenschaften unterstützen darf. Dieser Betrag beträgt neu 48'600 Franken und die Nettokosten betragen neu 422'800 Franken.

Die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration wollte wissen, ob diese Sanierungsarbeiten einen Einfluss auf die Mietpreisgestaltung haben. Diese Frage konnte uns noch nicht beantwortet werden. Eine entsprechende Antwort kann erst nach Abschluss der Sanierungsarbeiten gegeben werden. Die Geschäftsprüfungskommission behält sich ausdrücklich vor, dass sie nach Abschluss der Sanierungsarbeiten über das Ergebnis der Überprüfung der Mietpreisgestaltung detailliert informiert wird.

Die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag auf Seite 8 der Botschaft hat eine einstimmige Zustimmung für den Bruttokredit von 621'400 Franken ergeben. Aufgrund der erwarteten Beiträge und Subventionen ist zurzeit davon auszugehen, dass dieser Bruttokredit nicht ausgenützt werden muss.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Wir kommen jetzt zurück auf den Rückweisungsantrag der Fraktion CH/Grüne/GLP.

Gemeinderat Sandro Erne (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP unterstützt die Rückweisung der Grünen klar nicht. Dieser Antrag zeigt einmal mehr deutlich auf, dass es nicht um die Sache geht, sondern um reine Oppositionspolitik. Mittlerweile ist gerade bei baulichen Massnahmen das Thema Energieeffizienz allgegenwärtig und bestimmt zu einem grossen Teil die Vorgehensweisen. Das im Übrigen schon seit Jahren. Bei den Profis ist das Thema nicht mehr neu und quasi ein fixer Bestandteil von Entscheidungskriterien.

Der Stadtrat möchte das Redinghaus energietechnisch auf Vordermann bringen. Mit der ausgewählten Variante B macht er dies auf eine sinnvolle und auch verträgliche Art und Weise für alle Mitinvolvierten. Es geht bei solchen Projekten nicht nur immer um CO₂-Ausstoss und Maximalvarianten, sondern auch um nutzende Personen, unternehmerische Abläufe, Kosten und historische Werte. Die gewählte Variante ist ein erster Schritt zur von den Antragstellern geforderten Maximalvariante. Sie lässt weitere energietechnische Verbesserungen zu, ohne dass die jetzt vorgesehenen Arbeiten verloren wären. Die Heizung ist erst rund zehnjährig und auch in einem grünen Haushalt würde diese Heizung erst nach dem Erreichen der Lebensdauer oder bei einem unerwarteten Defekt ersetzt werden.

Die Sanierung der Fenster und die wärmetechnischen Massnahmen werden deutlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben erfolgen. Wenn dem nicht so wäre, gäbe es keine Unterstützungsbeiträge aus dem Gebäudeprogramm. Diesem Punkt muss aus ökologischer wie ökonomischer Sicht klar hohe Priorität zugewiesen werden. Wenn man zudem bedenkt, dass bis anhin fast gar keine Dämmung vorhanden war, sind die vorgesehenen Massnahmen somit sinnvoll und richtig gewählt. Die wärmetechnische Verbesserung wird massiv spürbar sein. Mit der vorgesehenen Sanierungsvariante kann das eingemietete Gewerbe weiterhin mit kleinen Einschränkungen während der Bauphase ihre Arbeiten weiterführen. Die Mietzinsen können ebenfalls stabil gehalten werden. Das Entweichen der Wärme durch das Dach wird mit entsprechenden Dämmmassnahmen im Bodenbereich im Estrich massiv reduziert. Falls später weitere Schritte zur wärmetechnischen Verbesserung des Gebäudes ergriffen werden sollen, ist dies problemlos möglich. Die sanierten Bauteile werden dann weiterhin ihren Teil beitragen, ohne erneut ersetzt werden zu müssen. Die Investitionen werden somit sinnvoll und nachhaltig getätigt.

In der GPK Finanzen und Administration wurde das Vorhaben einstimmig angenommen und zur Bewilligung vorgeschlagen. Die Fraktion FDP begrüsst die Vorgehensweise dieser Sanierung ebenfalls und unterstützt sie einstimmig.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Ich kann Sie trösten, mit Abschluss dieses Votums wird meine Stimme hier im Rat wohl verstummen.

Wir beraten heute die notwendige Sanierung eines geschichtsträchtigen Gebäudes. Es handelt sich um eine bedeutende Liegenschaft der Altstadt mit einer Fassadengestaltung, die erhalten und saniert werden soll. Wesentlicher Bestandteil der Sanierungskosten in der Höhe von 621'400 Franken sind energetische Massnahmen. Der Ersatz der Fenster und die Dämmung des Dachstocks werden zu wesentlich geringeren Energieaufwendungen für die Beheizung führen. Selbstverständlich müssen bei der Sanierung dieser Bausubstanz die Ansprüche der Denkmalpflege berücksichtigt und umgesetzt werden. Aus Sicht unserer Fraktion liegt uns ein sinnvoller

Kompromissvorschlag vor. Es wird in die Wärmedämmung investiert, ohne dabei den Bogen zu überspannen und aus einer historischen Liegenschaft ein Minergiegebäude machen zu wollen. Das Gebäude kann unmöglich mit einer flächendeckenden Dämmung von aussen versehen werden, da die Optik erhalten bleiben soll. Wer die Struktur der Fassade mit Sandsteinelementen und Ornamenten begutachtet, sieht auf den ersten Blick, dass auch das Anbringen eines isolierten Putzes in diesem Fall nicht wirklich zielführend ist, da nicht flächendeckend verputzt werden kann. Der durch einen isolierten Putz erzielbare Dämmwert rechtfertigt aus unserer Sicht keinesfalls den grossen Aufwand und die damit verbundenen Kosten. Der bestehende Kellenwurf aus den Siebzigerjahren ist etwas sehr Dauerhaftes und wird noch viele Jahre überdauern. Ein Isolierputz, der heute aufgetragen wird, muss wahrscheinlich schon wieder erneuert werden, noch bevor der jetzige Kellenwurf nicht mehr halten würde. Hinzu kommt, dass die gängigen Isolierputze Zusatzstoffe enthalten, die in Zukunft mit grosser Wahrscheinlichkeit als Sondermüll entsorgt werden müssen. Das geringe Energieeinsparpotenzial verbunden mit dem grossen Aufwand, den bestehenden Putz zu entfernen, ist aus unserer Sicht auch in ökologischer Hinsicht Grund genug, um am bestehenden Vorschlag festzuhalten. Wenn, kann zu einem späteren Zeitpunkt von innen gedämmt werden, zum Beispiel im Rahmen einer Innensanierung.

Die Botschaft bringt aus unserer Sicht richtigerweise zum Ausdruck, dass ein Anschluss an die kalte Fernwärme zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist. Wer die Energiegewinnung mittels Wärmepumpen kennt, weiss, dass diese idealerweise in gut gedämmten Gebäuden eingesetzt wird, wo mit tiefer Vorlauftemperatur gearbeitet werden kann. Diese alte Liegenschaft wird aber nicht – auch mit Isolierputz nicht – mit tiefer Vorlauftemperatur auskommen. Im Winter muss dann zusätzlich mit Gas geheizt oder unsinnig viel Strom für die Erzeugung der nötigen Vorlauf-temperatur verbraucht werden. In der unmittelbaren Umgebung des Redinghauses gibt es zurzeit keine Interessenten, die ihre Liegenschaft demnächst an einen erweiterten Wärmering anschliessen würden. Der Anschluss müsste exklusiv für diese Liegenschaft erweitert werden, obwohl die bestehende Gasheizung noch in Schuss ist und problemlos weiterbetrieben werden kann. Sobald die bestehende Heizung in einigen Jahren ersetzt werden muss, stellt sich die Frage nach dem Anschluss der Fernwärme selbstverständlich erneut und kann dann wieder beurteilt werden.

Aus unserer Sicht ist die vorliegende Botschaft zweckmässig im Umfang und inhaltlich sinnvoll. Eine Rückweisung des vorliegenden Projekts verursacht zeitlichen, finanziellen und energetischen Aufwand und macht aus unserer Sicht keinerlei Sinn. Ich bitte alle Mitglieder des Rats, sich nochmals konkret zu fragen, ob eine Rückweisung bei derart geringfügigen Optimierungsmöglichkeiten wirklich zielführend ist. In diesem Fall, wie im Mail von Gemeinderat Pöll geschehen, zu lamentieren, man nehme die Anliegen der Klimademonstrierenden nicht ernst, ist deplatziert. Ich zähle auf Ihre Vernunft. Unsere Fraktion sagt selbstverständlich geschlossen Ja zum Antrag. Vielen Dank, wenn Sie dies auch tun. Die Rückweisung lehnen wir ab.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:

Hätte ich dieses Votum vor einigen Wochen gehalten, so hätte ich hier verlauten lassen, dass die Sanierung des Redinghauses wenig zu diskutieren gab. Historische Bauten zu erhalten, finden wir gut und richtig, sodass eine denkmalschutzgerechte Sanierung etwas kosten darf. Eine energetische Sanierung liegt ebenso in unser aller Sinn, sodass alles für die vom Stadtrat vorgeschlagene Version sprach. Die Informationen, die uns in der letzten Woche erreichten, stellen diese Sichtweise jedoch infrage. Warum wurden wir nicht von Vornherein umfassend informiert? Und warum wurden die entsprechenden Einwände nicht schon in der GPK-Sitzung eingebracht? Für die Diskussion wäre es wesentlich gewesen, alle Fakten zu kennen. Diese kurz vor der Ratssitzung nachzuliefern, reicht unseres Erachtens nicht aus, um sich seriös auf ein solches Geschäft vorzubereiten. In diesem Sinn wird unsere Fraktion dem Antrag auf Rückweisung des Geschäfts zustimmen.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Sanierung, wie diese vom Stadtrat in der Botschaft vorgeschlagen wird, erachtet unsere Fraktion als sinnvoll. Da es in dieser Botschaft um die Sanierung der Aussenfassade und der Fenster geht, ist es für uns zu diesem Zeitpunkt in Ordnung, dass noch keine energetische Innensanierung angedacht ist. Diese müsste bei einem allfälligen Mieterwechsel wieder neu beurteilt werden. Wiederum zur Sprache kam in unserer Fraktion in diesem Zusammenhang die schon öfters verlangte Liegenschaftenstrategie und auch die Aussagekraft der Botschaften. Unsere Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats grossmehrheitlich.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im eigenen Namen: Kurz zum Votum der FDP: Einleitend die Sanierung, das haben Sie gemerkt, die Sanierung des Redinghauses ist auch bei uns völlig unbestritten. Die Frage ist, wie diese Sanierung vonstattengehen soll und vor allem unter welchen Bedingungen, unter welchen Prämissen, was wichtiger ist und was weniger wichtig ist. Das ist eine absolut berechtigte Frage. Und es ist halt typisch FDP, wenn man anderer Meinung ist als die FDP, dann kommt ihr damit, wir machen ständig Oppositionspolitik. Der Antrag unserer Fraktion war ein gut begründeter Rückweisungsantrag. Fachlich und sachlich sauber begründet und sehr zurückhaltend im Ton. Die Botschaft ist in der Tat unvollständig und ungenügend. Es ist nicht die erste Botschaft aus diesem Departement, die wir im Rat so kritisieren, das möchte ich noch festhalten. Also hören Sie auf mit diesem dummen Vorwurf. Ich muss es so sagen. Man kann ohne Weiteres ganz normal darüber diskutieren, wie das auch die anderen beiden Fraktionen hier in diesem Saal beim Eintreten gemacht haben. Und liebe FDP noch ein Rat, ihr dürft das natürlich auch weiterhin tun, ihr habt das auch im Wahlkampf gemacht, vor allem bezogen auf uns CH, uns in diese Oppositionsecke zu drängen. Im Gemeinderatswahlkampf mit dem bekannten Ergebnis. Die FDP könnte nun in unserer Fraktion Juniorpartnerin werden.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Eine Frage an den Stadtrat: Warum hat Gemeinderat Michael Pöll offenbar mehr Informationen zur Verfügung als die vorbereitende, beratende GPK?

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Ich appelliere auch an Ihre Vernunft, liebe Kolleginnen und Kollegen, und zwar geht es hier um die Vernunft, wie wir mit solchen Informationen umgehen, die wir eben zu spät oder erst kurz vor der Sitzung bekommen. Es werden auf einmal Fakten auf den Tisch gelegt, die vorher nicht zur Diskussion standen, und das finden wir falsch. Entsprechend appellieren wir an Ihre Vernunft. Geben Sie sich den Ruck und stellen Sie die Botschaft zurück an den Stadtrat, damit wir danach wirklich alle mit den gleichen Fakten darüber diskutieren können. Es gibt im GEAK auch noch die erwähnte Warmwasserthematik. Dort ist es nicht so, dass das Warmwasser über die bestehende Heizungsanlage erhitzt wird, sondern auf jedem Stock elektrisch. Vielleicht gäbe es im Zuge dieser Sanierung eine einfache Möglichkeit, diese auch anzuschauen. Vielleicht kommen wir ja am Schluss auf die gleiche Lösung wie jetzt. Kein Problem für uns. Aber dann haben wir alle mit den gleichen Fakten über das Gleiche diskutiert. Ich bitte Sie, diese Vernunft anzunehmen und hier die Rückweisung an den Stadtrat vorzunehmen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich danke Ihnen zunächst einmal für die zustimmende Aufnahme der Botschaft zur Fenstersanierung und Dachdämmung des Redinghauses, zumindest seitens einiger der Fraktionen. Ich nehme gern Stellung zur Frage von Thomas Gemperle zum einen und zum Rückweisungsantrag zum anderen.

Gemeinderat Michael Pöll wandte sich im Vorfeld zur ersten GPK-Sitzung mit einem Mail an mich, in dem er einige Fragen stellte. Selber hat Gemeinderat Michael Pöll ebenfalls Erkundigungen gemacht mit einigen Fachleuten, auch seitens Stadtverwaltung. Die Antworten auf seine Fragen wurden ihm am Nachmittag des 15. April 2019 zugestellt. Am Abend desselben Tages fand die GPK-Sitzung Finanzen und Administration statt. Dort wurden keine Fragen, auch nicht

aus dieser Fraktion CH/Grüne/GLP, gestellt. Ich konnte davon ausgehen und ging davon aus, dass damit die Fragen von Michael Pöll zufriedenstellend beantwortet gewesen waren. Ich hatte bis letzten Freitag nichts mehr gehört. Das sind fünf Wochen. Fünf Wochen Funkstille. In der Zwischenzeit fanden weitere GPK-Sitzungen statt, bei denen man allenfalls ein Rückkommen hätte beantragen können. Hat nicht stattgefunden. Ich bekam heute um 14.14 Uhr ein Mail – ich war bis um 15 Uhr in einer Sitzung –, in dem weitere Fragen gestellt wurden. Sportlich fair hat Michael Pöll mich dann auch noch vor der Sitzung aufgesucht. Vielen Dank für das Gespräch, wir haben uns ausgetauscht. Gemeinderat Michael Pöll hat mich beraten in dem Sinn, dass er empfohlen hat, die Botschaft zurückzunehmen. Dieser Empfehlung bin ich nicht gefolgt und ich werde nachher begründen weshalb. Ich habe aber, und das ist vielleicht für Sie noch interessant, auf die Fragen, die Michael Pöll um 14.14 Uhr gestellt hat, in der Zwischenzeit vom betreffenden Ingenieur auch Antwort erhalten. Und die wichtigste Aussage aus diesem ist: "Doch beeinträchtigt dieser Fehler die Ergebnisse des GEAK+ Mitberatungsberichts nicht." Nun, es ist schwierig, zu solchen Diskussionen, die kurz vorher stattfinden, Stellung zu nehmen. Aber, und das ist das Wesentliche an dieser Geschichte, es geht auch gar noch nicht um eine Gesamtheizungs- und Gesamtgebäudehüllensanierung. Dann wären alle diese Informationen sicher relevant. Nicht nur das, dann hätte man diese im Vorfeld selbstverständlich unter Beizug weiterer Experten überprüft. Der Stadtrat legt Ihnen keine Botschaft zur Gesamtsanierung der Gebäudeheiztechnik und der Gebäudehülle des Redinghauses vor. Der Stadtrat beantragt Massnahmen, die mit den zuständigen kantonalen und kommunalen Stellen abgesprochen sind und umsetzbar sind, innert kürzester Zeit einen Beitrag – ob er nun grösser oder kleiner ist, aber er leistet einen Beitrag an die Reduktion von Klimagasen. Zusätzliche Massnahmen, wie sie vorgeschlagen werden, benötigten Vorbereitungen und Abklärungen, die noch einen unbekanntem Zeithorizont in Anspruch nehmen. Diese werden, das kann ich hier versprechen, möglichst früh angegangen, sodass auf die theoretische Endnutzung der heutigen Wärmeerzeugungsanlagen hin ein Ersatz realisiert werden kann. Die Umsetzung des Vorschlags des Stadtrats erlaubt es, die theoretischen Berechnungen der Energieeinsparungen in der Praxis zu messen und so die Dimensionierung für einen späteren Heizungsersatz besser auf den wirklichen Bedarf abstimmen zu können. Bezüglich der Gesamtwirtschaftlichkeit ist festzuhalten, dass die technischen Anlagen vollständig intakt sind und heute keine Massnahmen erfordern, um die Nutzbarkeit des Gebäudes sicherzustellen. Ein vorzeitiger Ersatz dieser Anlagen führt zur Vernichtung von nicht unwesentlicher Menge grauer Energie und die Berechnung des Ingenieurs ist aus Sicht eines Gebäudeeigentümers wohl nachvollziehbar, aber aus der Sicht der Stadt sieht die finanzielle Betrachtungsweise etwas differenzierter aus. Wir müssen nämlich die Kosten für den Anschluss an den Fernwärmering miteinbeziehen und diese übersteigen die Beiträge eines Gebäudeeigentümers an diese wesentlich. Ökonomisch betrachtet ist dieser Anschluss nur vertretbar, wenn weitere Gebäude in unmittelbarer Nähe ebenfalls angeschlossen werden können. Diese Abklärungen wurden vor längerem bereits vorgenommen, bisher jedoch ohne Erfolg, und wie vorhin ausgeführt, werden in absehbarer Zeit erneut Anstrengungen unternommen werden, sodass zum Zeitpunkt eines Heizungsersatzes die möglichen Alternativen geklärt und ggf. umsetzbar sind. Die höheren Förderbeiträge bestehen im Übrigen im Wesentlichen auch aus Steuergeldern. Aus der ökonomischen Betrachtung einer Stadt müssen wir diese Beträge ebenfalls berücksichtigen. Die Möglichkeiten der Verwendung von Wärmedämmputz sind bekannt und wurden in einer ersten Einschätzung auch in die Überlegungen einbezogen. Der heutige Verputz, welcher primär repariert wird, weist lediglich eine Stärke von 30 mm auf, also hier die konkrete Zahl, für eine einigermaßen wirkungsvolle Wärmeisolation müsste ein zusätzlicher Aufbau von rund 100 mm – und hier kommen nun die Kommas, das sind 10 cm oder 0.1 m – realisiert werden können. Dies würde dann dazu führen, dass der heutige Verputz vollständig abgetragen, alle Steinarbeiten am Gebäude an die neue Fassadenhülle angepasst und zusätzlich das Problem der Wärmebrücken behoben werden müssten. Diese Erkenntnisse haben dazu geführt, von dieser Massnahme abzusehen.

Und jetzt muss ich etwas ausholen, um noch auf ein anderes Argument der Fraktion CH/Grüne/GLP einzugehen. Aufgrund der aktuellen Klimadiskussion erlaube ich mir, zu dem von dieser Fraktion oder mindestens ihrem Sprecher kolportierten Eindruck, man nehme diese Klimadiskussion nicht ernst, ausführlich Stellung zu nehmen. Angesichts der Wichtigkeit des Themas zum einen und zum anderen auch angesichts der Vehemenz des Vorwurfs muss ich dazu etwas ausholen, Sie werden mir das verzeihen.

Ich schätze das Engagement junger Menschen und ihrer älteren Zeitgenossen, wozu ich mich durchaus selber auch zähle, sehr. Das Klima verändert sich in einem hohen und in einem schnellen Ausmass, das auch bei mir grosse Sorge auslöst. Ich ärgere mich persönlich auch über die Diffamierung der Bewegung durch manche Gegner, wonach sich die Klimastreikenden selber nicht an ihre eigenen Forderungen hielten. Die Sorge um das Klima ist berechtigt, unabhängig davon, wer sie vorträgt und wie diese Person selber lebt. Allerdings gehen die Aussagen mancher Protagonisten dann zu weit, wenn sie solchen, die nicht sofort auf ihre Forderungen einschwenken und/oder keinen Klimanotstand ausrufen wollen, vorwerfen, sie schützten das Klima nicht, sie schauten weg, sie hörten nicht zu, sie schwiegen sich aus. Dies muss ich entschieden zurückweisen und natürlich auch erklären weshalb, und dazu müssen wir einige Jahrzehnte zurückblicken. Denn wer nicht weiss, woher er kommt, weiss nicht, wohin er unterwegs ist.

Meine Generation ist in den Achtzigerjahren jung gewesen. In den Achtzigerjahren Jugendunruhen, Abrüstungsverhandlungen, Waldsterben, Tschernobyl, Perestroika, Glasnost, Schweizerhalle – alles ökologische Themen, nicht nur. Auch soziale Themen, nicht nur. Auch wirtschaftliche Themen. Und es entstand die Gewissheit, es braucht Gerechtigkeit, es braucht Frieden, es braucht Umweltschutz. Es geht keines ohne das andere. Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit, es gibt keine Gerechtigkeit ohne Umweltschutz, es gibt keinen Umweltschutz ohne Frieden. Diese drei Dimensionen müssen auf der gleichen Ebene angeschaut werden, die Einseitigkeit eines Klimanotstands finde ich deshalb falsch.

Und in Frauenfeld können wir heute die positiven Folgen dieser Prägungen der Achtzigerjahre und die darin wurzelnde Haltung erkennen. Frauenfeld orientiert sich in ihrem Handeln an der ökonomischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Wir können da ausführlicher werden, ich überspringe das. Wenn sich dies auch im privaten Engagement widerspiegelt, dann umso schöner. Nicht um das Gewissen zu beruhigen, sondern um einen kleinen Beitrag zum Ganzen zu leisten. Die Klimabewegung ist also keine Erfindung der Klimastreikenden und auch nicht einer Partei. Man darf getrost mit der Ricola-Werbung fragen: Wer hed's erfunde? Es sind viele und das schon vor Jahrzehnten.

Wenn wir also zurückblicken, sehen wir, was uns geprägt hat und wonach wir handeln. Wir sind in Frauenfeld auf einem guten Weg, der zukunftsweisend ist und konsequent nachhaltig weiterbeschritten werden muss. Wir sind noch lange nicht am Ziel und wir sind noch lange nicht gut genug. Aber wir haben den guten, richtigen Weg schon länger eingeschlagen. Es bleibt zu wünschen, dass dies gesehen und wertgeschätzt wird von den Jungen, aber insbesondere auch von jenen, die selbst diese Vergangenheit und damit unser Heute und einen Teil von Morgen mitgeprägt haben. Ich bitte Sie daher darum, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Er ist nicht nur sachundienlich, er verkennt auch die bisherigen Leistungen der Stadt und lässt es gegenüber den älteren Generationen an Wertschätzung fehlen. Zudem verzögert er Massnahmen, die sofort zur Reduktion von Klimagasen beitragen, unnötig. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der Fraktion CH/Grüne/GLP wird mit 13 Ja gegen 24 Nein bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird mit 26 Ja gegen 3 Nein bei 11 Enthaltungen angenommen.

231

GESCHÄFTSBERICHT UND RECHNUNGEN DER STADTVERWALTUNG UND IHRER BETRIEBE FÜR DAS JAHR 2018

Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Im Register 1 des Rechnungsordners finden Sie die stadträtliche Botschaft Nr. 45 zum Geschäftsbericht und den Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2018. Für die Behandlung der Rechnung schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die Detailberatung innerhalb der einzelnen Departemente, ohne sie seitenweise durchzusprechen. Dazu werden die GPK-Sprecher zu den einzelnen Departementen jeweils als erste referieren. Danach kommen die Vertreter der Fraktionen und zum Schluss die weiteren Meldungen aus dem Rat. Für Wortmeldungen zu den einzelnen Ämtern oder spezifischen Konten bitte ich Sie, jeweils Seitenzahl, Kontogruppe und Kontonummer zu nennen. Anträge sind mir bitte schriftlich abzugeben. Innerhalb der Departemente werden wir zuerst die Rechnung im Register 3, dann die dazugehörige Investitionsrechnung im Register 2 beraten, im Anschluss an die Departemente werden wir die Bilanz im Register 4 und den Anhang im Register 5 behandeln. Danach werden die Rechnungen der Werkbetriebe im Register 7 und die Rechnung des Alterszentrums Park im Register 10 beraten. Bevor wir am Schluss über die Anträge auf Seite 33 der Botschaft im Register 1 abstimmen, steht noch der Geschäftsbericht zur Diskussion. Werden gegen dieses Vorgehen seitens des Rats Einwände gemacht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Vorgehen stillschweigend genehmigt.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die beiden erfreulichsten Punkte führt der Stadtrat gleich zu Beginn der Botschaft unter der Tabelle "Auf einen Blick" auf. Die GPK F&A teilt diese stadträtliche Beurteilung im Grundsatz. 1. schliessen bis auf das AZP alle Bereiche positiver als budgetiert ab, alle schreiben schwarze Zahlen bei gesteigerten Umsätzen. Allerdings hier die Einschränkung: Merkbar besser als budgetiert schliessen nur die Werkbetriebe ab. Bei der Stadt ist für den Vergleich mit dem Budget beim budgetierten Gewinn nicht auf 0.24 Millionen Franken abzustellen, sondern auf 2.24 Millionen Franken, weil noch die 2 Millionen Franken für die budgetierte Vorfinanzierung Hallenbad aufzurechnen sind. Dann beträgt das Plus noch 0.34 Millionen Franken. Wenn man demgegenüber auch noch den zweiten grossen Brocken, der sich auf der Ertragsseite noch nicht realisiert hat, die budgetierten 2.9 Millionen Franken Gewinn aus dem Twerenbold-Landverkauf ausklammert, kommen wir auf eine Verbesserung gegenüber dem Budget von doch über 3 Millionen Franken. 2. Der Selbstfinanzierungsgrad über alles ist auf sehr gute 138.9 % gestiegen. Aus Sicht der GPK ist das Schöne bei dieser zweiten Feststellung, dass diese Gesamtzahl nicht wie im Vorjahr mit einer Überfinanzierung der gebührenfinanzierten Bereiche relativiert werden muss, denn bei der Stadt stieg der Selbstfinanzierungsgrad von 44.2 % auf stolze 141.8 %. Eine gewisse Relativierung braucht es trotzdem. Diese 141.8 % waren nur wegen der geringen Nettoinvestitionen möglich. Und dann wie immer einige Punkte, die ich speziell hervorheben möchte.

Der eingangs referierte stadträtliche Vergleich der Ergebnisse der Erfolgsrechnung bezieht sich auf das Budget. Die Vergleichsgrundlage für die Rechnung bildet indessen nicht nur das vom Gemeinderat genehmigte Budget, wie der Stadtrat das in der Botschaft schreibt, sondern auch die letzte Rechnung bzw. die früheren Rechnungen. Es geht eben nicht nur um die Frage, wie genau budgetiert wurde, nicht nur um die Frage der Budgetgenauigkeit. Die Stadt ist ja kein

börsenkotiertes Unternehmen, bei dem die Investoren alle Vierteljahre gebannt insbesondere darauf reagieren, wie sich die tatsächlichen Zahlen im Vergleich zu den erwarteten Zahlen entwickelt haben. Für die GPK F&A ist vielmehr auch sehr wichtig, wie sich die tatsächlichen Zahlen im Vergleich zu früheren tatsächlichen Zahlen entwickelt haben. Den Ist-Ist-Vergleich erachten wir als mindestens so wichtig wie den Soll-Ist-Vergleich, um die finanzielle Situation beurteilen zu können. Das betont die GPK gern nochmals, und wir ersuchen den Stadtrat, vermehrt auch solche Vergleiche zu machen. Ich versuche das anhand der wohl am meisten interessierenden Zahl etwas aufzuzeigen, am Ergebnis der Erfolgsrechnungen.

Diese Ergebnisse, also konkret die Gewinne bzw. Verluste der drei Betriebe oder der drei Einheiten der Stadt sehen für die vier HRM2-Rechnungsjahre, die wir mittlerweile haben (2018, 2017, 2016, 2015) wie folgt aus:

Bei der Stadt 2015 -0.84 Millionen Franken, 2016 -0.38 Millionen Franken, 2017 0.14 Millionen Franken und jetzt 2.58 Millionen Franken. Also Ist-Ist-Vergleich eine konstante Verbesserung, zuerst drei Mal um rund 0.5 Millionen Franken, jetzt ein Sprung über 2 Millionen Franken. Ein solcher Vergleich ist doch interessant. Wie nachhaltig dieser aktuelle Sprung um 2 Millionen Franken ist, wird sich zeigen und insbesondere davon abhängen, ob die Steuererträge auf dem Niveau bleiben und weiter steigen und ob die gesunkenen Sozialhilfekosten auf diesem Niveau gehalten werden können oder ob es wieder in die andere Richtung geht.

Bei den Werken sehen die Zahlen wie folgt aus: 2015 2.55 Millionen Franken, 2016 11.52 Millionen Franken, das muss um den ausserordentlichen Ertrag bereinigt werden, dann sind wir bei 7.1 Millionen Franken, 2017 7.04 Millionen Franken, 2018 7.17 Millionen Franken, also hier ein konstant hoher Gewinn, drei Mal im Bereich knapp über 7 Millionen Franken und 2015 war es nur deshalb deutlich tiefer, weil damals noch viel zu wenig eben nicht nach HRM2 abgeschrieben wurde.

Beim AZP haben wir folgende vier Zahlen: 4 bescheidene Gewinne 2015 0.17 Millionen Franken, 2016 0.45 Millionen Franken, 2017 0.35 Millionen Franken, 2018 0.16 Millionen Franken, also konstante, bescheidene Gewinne in einer engen Spanne, wie wir das vom AZP zuverlässig kennen.

Oder noch ein letztes Ist-Ist-Vergleichsbeispiel, die Nettoinvestitionen der Stadt, ich finde das auch sehr interessant: 2015 5.9 Millionen Franken, 2016 11.5 Millionen Franken, 2017 11.6 Millionen Franken und 2018 6 Millionen Franken. Also in zwei Jahren je etwa doppelt so hoch wie in den anderen beiden Jahren. Ich glaube, dass wir bei den Investitionen mit relativ grossen Schwankungen leben müssen, weil ein Kalenderjahr bei Investitionen halt auch immer von Zufälligkeiten und Unwägbarkeiten geprägt ist. Ich plädiere eher dafür, den Beobachtungszeitraum zu vergrössern, denn häufig relativieren sich tiefe Investitionen im nächsten Jahr. Das sieht man auch hier. 2017 und 2018 zusammen sind praktisch gleich wie 2015 und 2016 zusammen. Schlecht wäre, wenn die Investitionen auf tiefem Niveau verharren würden.

Die ordentlichen Abschreibungen sind bei der Stadt im gestuften Erfolgsausweis mit stolzen 7.9 Millionen Franken aufgeführt (Konto 33). 4.87 Millionen Franken sind allerdings lediglich Folge der Auflösung der zusätzlichen Abschreibungen bei den Spezialfinanzierungen, die Gegenposition zum Konto 48, ich komme darauf zurück. Die Abschreibungen verharren somit – das ist eine Folge der nicht so hohen Investitionen – auf dem tiefen Vorjahresniveau von rund 3.1 Millionen Franken. Dazu verweise ich auf die entsprechenden letztjährigen Ausführungen.

Damit zu den zusätzlichen Abschreibungen bei den Spezialfinanzierungen: Hier hat die GPK seit der Umstellung auf HRM2 eine saubere Rechtsgrundlage gefordert, insbesondere einen Stadtratsbeschluss mit der generellen Regel, wie dauerhaft abgeschrieben werden soll. Denn situati-

onsbezogene zusätzliche Abschreibungen insbesondere zur taktischen Verschlechterung von Rechnungsabschlüssen sind nicht (mehr) zulässig. Das haben wir bereits beim allerersten HRM2-Budget im November 2014 angemahnt oder auch etwa im Eintreten auf das Budget 2018. Nun verzichtet der Stadtrat in Zukunft auf solche zusätzlichen Abschreibungen, weil, wie uns erklärt wurde, keine technische Lösung gefunden werden konnte, um die zusätzlichen Abschreibungen bei den Spezialfinanzierungen in der Bilanz und im Anlagespiegel korrekt gemäss den Vorgaben des Kantons darzustellen, damit, so der Stadtrat, die seit der Umstellung auf den neuen Rechnungslegungsstandard getätigten zusätzlichen Abschreibungen die Buchhaltungsauswertungen und Darstellungen nicht stören, sonst könnten wir ja diese Vergleiche, die wir so wichtig finden, eben nicht mehr machen, sind diese aufzulösen. Nach Rücksprache mit der RPK und der externen Revisionsstelle wurde, so der Stadtrat, die Lösung gefunden, im Umfang der aufzulösenden zusätzlichen Abschreibungen ausserplanmässige Abschreibungen vorzunehmen als Gegenposition. Dieser Vorgang führt zu einer erfolgsneutralen Abwicklung, lediglich in den einzelnen Kennzahlen sind einzelne Auswirkungen feststellbar. Die GPK F&A kann sich dem ohne Probleme anschliessen. Zurückzuweisen, das muss ich schon noch sagen, ist allerdings die Auffassung des Stadtrats, zuerst seien die technischen Probleme zu lösen gewesen, bevor eine formelle Rechtsgrundlage geschaffen werden konnte oder könnte. Man kann natürlich nicht das Recht ignorieren, nur weil man technische Probleme hat, und schon gar nicht vier Jahre lang. Ich erinnere in diesem Zusammenhang den Stadtrat an eines seiner Versprechen, die er auf dem Höhepunkt des WFAG-Debakels abgegeben hat, nämlich die Rechtsgrundlagen vermehrt zu prüfen und darüber zu informieren. Und ich hoffe schon, dass das nach wie vor gilt.

Die Finanzkennzahlen der Stadtverwaltung sind weitgehend besser geworden. Auffallend ist hier, dass die tatsächlichen Zahlen, das sind die blauen Balken in den Diagrammen im Anhang zur Bilanz, durchwegs besser sind als die budgetierten, das sind die roten Punkte, die miteinander verbunden sind in den Diagrammen. Und zwar nicht nur in diesem Rechnungsjahr, sondern in allen ausgewiesenen Jahren, also ab 2015 per Einführung von HRM2.

Dann ein Wort zu den Vorfinanzierungen: Die GPK begrüsst das Vorgehen des Stadtrats, die Vorfinanzierung Hallenbad von 2 Millionen Franken aus dem ausgewiesenen Gewinn zu äufnen. Das ist korrekt und transparent. Eine Vorfinanzierung zu Lasten der Erfolgsrechnung würde demgegenüber die tatsächliche Lage verschleiern und Vergleiche zwischen den einzelnen Rechnungsjahren entsprechend erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen. Wir haben im Lauf der letzten Jahre mehrmals darüber diskutiert, als das Problem mit dem Hallenbad zum ersten Mal aufgetaucht ist, und man lernt ja immer auch ein bisschen dazu. Die GPK und der Stadtrat haben sich nun für die Zukunft darauf geeinigt, dass keine Vorfinanzierungen mehr mit dem Budget gemacht werden, sondern immer erst nach und aufgrund des Rechnungsergebnisses, und zwar immer mit einem separaten, sauberen Beschluss des Gemeinderats, der dem fakultativen Referendum untersteht. Das werden wir in Zukunft immer so machen. Inhaltlich ist gegenüber Vorfinanzierungen Skepsis angebracht. Sie stehen im Widerspruch zum Grundsatz von True and Fair View. Denn damit wird die aktuelle Erfolgsrechnung für eine Investition belastet, die erst später genutzt werden kann. Oder anders ausgedrückt: Aktuelle kurzfristige, in der Regel relativ happige Belastungen ohne Gegenleistungen zugunsten zukünftiger langdauernder, in der Regel relativ kleiner Entlastungen. Über die aktuellen 2 Millionen Franken haben wir im Grundsatz aber bereits diskutiert und im Budget entschieden, deshalb gibt es dazu natürlich keinen Antrag und ist diese inhaltliche Diskussion allenfalls beim nächsten Mal zu führen.

Dann noch ein letzter inhaltlicher Punkt: Die RPK empfiehlt in ihrem Managementletter anhand verschiedener Positionen mehrmals eine umfassende Überprüfung der Finanzflüsse und Abgeltungen zwischen den Werkbetrieben und der Stadt sowie eine klare Regelung dazu. Die Werkbetriebe begrüssen das ausdrücklich, das soll im Rahmen der angekündigten Neuregelung der Reglementsrevision erfolgen. Die GPK begrüsst wiederum, dass dieses Thema endlich sauber aufgearbeitet wird. Wir weisen ergänzend darauf hin, dass nebst der inhaltlichen Überprüfung,

wie die Antwort des Stadtrats auf die Motion "Gewinnablieferung" gezeigt hat, bei vielen Positionen ein starkes Augenmerk auf eine genügende gesetzliche Grundlage gelegt werden muss. Die angekündigte Reglementsänderung ist happig und muss sehr sauber aufgegleist und durchgeführt werden. Es kommen ja verschiedene, auch inhaltliche Sachen dazu.

Es liegt uns wiederum ein reich illustrierter, umfassender Geschäftsbericht vor mit vielen interessanten Details und interessanten Informationen. Man kann darin ein bisschen schmökern, man kann ihn von A bis Z durchlesen, wie man will. Man findet immer irgendetwas, das einen doch noch einen guten Einblick über das Viele und Gute gibt, das in unserer Stadt geleistet wird. Besten Dank dafür an die Informationschefin und an den Lektor, Alt-Gemeinderat Martin von Siebenthal.

Und schliesslich zum Dank: Im Namen aller drei GPKs danke ich für die Arbeit des Stadtpräsidenten und seiner Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat. Zu danken ist aber auch dem Finanzchef Reto Angehrn und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Eingeschlossen sind die Finanzverantwortlichen und alle Mitarbeitenden der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, die alle zu diesen insgesamt guten Resultaten und der wirklich soliden Finanzlage unserer Stadt und ihrer Betriebe beigetragen haben.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:

Die aktuelle Rechnung präsentiert sich unverhofft gut und insgesamt unspektakulär und gab in unserer Fraktion wenig zu diskutieren. Wir möchten an dieser Stelle allen Beteiligten einen Dank aussprechen für den geleisteten Einsatz und die erneut gestiegene Qualität der Datenaufbereitung. Ebenso verdanken möchten wir den informativen Geschäftsbericht, der einmal mehr aufzeigt, wie viel Einsatz unsere Stadtangestellten leisten. Dafür ein grosses Lob. Einige Punkte aus unserer Diskussion möchte ich im Folgenden herausgreifen:

1. Egal, wie sie am Schluss genannt oder verbucht werden, wir befürworten grundsätzlich die Abschreibungen für das Hallenbad, da uns dieses Geschäft am Herzen liegt.
2. Es ist uns bewusst, dass im Bereich des Sozial- und Asylwesens viele Faktoren schwierig vorherzusagen sind, wie auch wir es im Rechnungsjahr 2018 gesehen haben. Dieses Jahr haben sich die Zahlen unter dem Strich wieder ausgeglichen, aber dies kann auch einmal anders sein und wir wünschen uns bei den zugehörigen Debatten für die Zukunft auch ein entsprechendes Verständnis.
3. Etwas Sorgen macht uns weiterhin die hohe Fluktuation der Berufsbeistände. Wir finden es gut, dass Temporärkräfte eingesetzt wurden, um das Personal zu entlasten. Langfristig braucht es aber sicher Massnahmen, damit sich diese Abteilung stabilisieren kann. Auch die vielen Krankheitstage und Wechsel im AZP sind uns aufgefallen. Wie geht es den Mitarbeitern? Allgemein werden wir die Situation des Personals über alle Bereiche im Auge behalten. Denn nur bei guten Arbeitsbedingungen bleibt das Personal über längere Zeit gesund und leistungsfähig als Basis für eine gute Arbeitsqualität.
4. Zu der erneut grossen Differenz zwischen Budget und Rechnung bei den Investitionen fragen wir uns, wie diese zustande kommt. Ist es tatsächlich eine rein finanzielle Differenz bei stimmigem technischem Umsetzungsgrad, wie uns geantwortet wurde? Wird vielleicht zu grosszügig budgetiert? Oder zu wenig investiert mit der Gefahr eines Investitionsstaus? Für die Zukunft wünschen wir uns hier eine höhere Budgetgenauigkeit, wodurch sich vielleicht auch gewisse Diskussionen in der Budgetdebatte erübrigen würden.
5. Bei den stark erhöhten Kosten der Maurerlehrhalle wurde unserer Meinung nach zu spät reagiert. Das Zurückschrauben anderer Projekte als Gegenmassnahme ist zwar lobenswert, aber nicht ausreichend. Korrekt wäre gewesen, einen Nachtragskredit zu beantragen. Wir verlassen uns darauf, dass dies in einem nächsten Fall geschieht.
6. Bezüglich der Abwärme der Kunsteisbahn finden wir es gut und richtig, dass das Schulhaus Auen unkompliziert einbezogen und das Budget trotzdem eingehalten wurde.

7. Die Werkbetriebe haben einmal mehr hohe Gewinne erzielt. Im Bereich Elektrizität wurden sogar die Preiserhöhungen nicht weitergegeben an die Kunden und trotzdem resultierte ein Gewinn. So stellt sich uns weiterhin die Frage, was mit diesen Geldern passiert. Wie gesagt, trotz dieser Diskussionspunkte präsentiert sich für uns die Rechnung unproblematisch und unsere Fraktion wird den Anträgen in der Botschaft zustimmen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Stadtverwaltung, Werke und Alterszentrum Park weisen erfreuliche Jahresabschlüsse aus. Das freut uns und gibt uns analog der Vorrednerin Gelegenheit, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und dem Stadtrat für die gute und erfolgreiche Arbeit zu danken. Sie müssen sich das einmal vorstellen, aber es ist aus globaler Sicht ein gar nicht zu unterschätzendes Privileg, in einer Gemeinde wohnen zu dürfen, wo der Service Public funktioniert und sorgsam mit den öffentlichen Ressourcen umgegangen wird. Vielen Dank.

Die stabile und über Erwarten gute Finanzlage erlaubt es der Stadt aber auch – und hier kommen wir jetzt vom Dank zu den Wünschen –, innovativ und vorausschauend zu handeln. Wir versuchen von unserer Seite her gern, den Stadtrat bei entsprechenden Schritten zu unterstützen. Sparen ist grundsätzlich richtig, aber kein Selbstzweck. Wir haben gegenüber unseren Nachkommen die Verpflichtung, auch mutige und langfristige Investitionsentscheide zu treffen. Dazu gehört, falls ein Bedarf ausgewiesen ist, auch die Investition in nötige neue Stellen. Im Rahmen der Budgetdebatten kann man über solche Bedürfnisse sprechen. Natürlich kann man auch Stellen, die nicht mehr benötigt sind, streichen.

Sie erlauben mir hier im Eintreten einen kurzen Fokus auf die Werkbetriebe. Hier lässt sich feststellen, dass Gewinne trotz höherer Energieeinkaufspreise immer noch erwirtschaftet werden können. Das ist ein weiterer Hinweis auf die stabile finanzielle Situation der Werke, über die wir kürzlich gesprochen haben. An der vergangenen Sitzung haben wir auch darauf hingewiesen, dass diese finanziellen Mittel mitunter auch Schmierstoff für die Energiewende in Frauenfeld sein können und sollen. Etwas weniger erfreulich am Schluss der Botschaft die Schlussabrechnung zum Umbau des Konferenzraums und weiterer Räume in der Fahrzeughalle der Werkbetriebe. Dieses Vorhaben schien uns schon damals gemäss Kostenvoranschlag als eher teuer oder über-teuert. Jetzt in der Praxis ist es leider nicht besser geworden. Unseres Wissens nicht in der Schlussrechnung enthalten sind die ärgerlich leuchtenden Poller auf dem Parkplätzchen vorne-dran. *Tempi passati*, inzwischen tut sich einiges bei den Werken. Das haben wir bemerkt und wir hoffen, dass die Leuchtpoller nicht in die Zukunft weisen, sondern Erinnerung an längst vergan-gene Zeiten bleiben.

Interessant auch dieses Jahr der Geschäftsbericht. Bunt, unterhaltsam und informativ. Hier noch ein Wunsch: Vielleicht könnte man die zahlreichen statistischen Beiträge in diesem Dokument in den kommenden Jahren etwas vereinheitlichen, zum Beispiel bezüglich der Frage, wie viele Jahre gehen wir zurück? Oder stellt man das älteste Jahr ganz nach links oder ganz nach rechts? Das würde die Lesbarkeit noch verbessern.

Nun zurück zum Anfang. Optimierungsbedarf feststellen ist zwar unsere Aufgabe als Gemein-de-rat. Es ist aber auch, wenn man ehrlich ist, eine verhältnismässig einfache Angelegenheit. Die wirklich harte Arbeit leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und die Mitglieder unserer Exekutive Tag für Tag. Dafür nochmals und auch für das Vertrauen, das wir in euch ha-ben dürfen, ganz herzlichen Dank.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Für die ausführlichen Unterlagen bedankt sich die CVP/EVP-Fraktion ganz herzlich. Wir freuen uns über den guten Abschluss mit dem Ertragsüberschuss von 2.5 Millionen Franken. Insbesondere freuen wir uns darum, weil man beim Budget noch von etwas anderem ausgegangen ist. Unsere Frak-

tion sieht die Aufgabe der Rechnungsabnahme darin, die Budgetgenauigkeit zu kontrollieren. Die erwartete Genauigkeit ist aus unserer Sicht eingehalten. Kompliment an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt. Natürlich freut uns auch, dass unser Gefühl richtig war, bei der Budgetdebatte auf eine Steuererhöhung zu verzichten. Wie eingangs erwähnt, sind wir einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ein Überschuss in der Rechnung ist positiv, die vorliegende Rechnung zeigt gut auf, dass mit dem aktuellen Steuerfuss die Aufgabe der Stadt locker finanzierbar sind. Eine Steuerfusserhöhung ist völlig unnötig. Drei Punkte, die in der Fraktion zu Diskussionen führten:

1. Bilanz: Die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ist mittlerweile auf über 11 Millionen Franken angestiegen. Wie sieht die Strategie für diese Spezialfinanzierung aus? Was ist die gewünschte Zielgrösse des Stadtrats für diese Spezialfinanzierung? Wir werden spätestens im Rahmen des Budgets genauere Auskünfte dazu verlangen, sofern nicht bereits heute eine Erklärung seitens Stadtrat vorgenommen werden kann.
2. Zur Erfolgsrechnung: Die Sozialhilfe hat zwar besser abgeschnitten als budgetiert, die Ausgaben steigen hingegen immer noch bedrohlich stark. Beispielsweise die Kosten für anerkannte Flüchtlinge. Die Steigerung von 2016 bis 2017 von 165'000 Franken auf 425'000 Franken und jetzt 2018 auf über 550'000 Franken sind enorm. Diese Kosten werden uns massiv beschäftigen, wenn die Rückerstattungen nicht mehr so üppig fließen. Dasselbe gilt auch im Asylwesen. Beispielsweise sind die Ausgaben für die vorläufig Aufgenommenen von 208'000 Franken im Jahr 2016 auf nunmehr rekordhohe 690'000 Franken angewachsen. Das ist mehr als eine Verdreifachung der Kosten innert nur drei Jahren. An dieser Stelle möchte ich trotzdem ein Lob an den Stadtrat aussprechen. Mit der Anpassung der Sozialhilfe im Asylbereich wird wenigstens die regional überdurchschnittlich hohe Attraktivität von Frauenfeld etwas reduziert, auch wenn das der linken Ratshälfte nicht passt. Es gibt keinen Grund, höhere Beträge an Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen auszuzahlen, als der Kanton den Gemeinden empfiehlt und freiwillig noch mehr Zentrumslasten auf uns zu nehmen.
3. Die Werke schliessen erneut mit hohen Gewinnen ab. Ein strenges Kostendeckungsprinzip wollen wir insbesondere auch bei Strom und Gas beibehalten. Darum sollten sich die Werkbetriebe Gedanken zu Tarifierungen machen.

Die Fraktion SVP/EDU wird der Rechnung einstimmig zustimmen und ist einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Der anhaltende Trend zu positiven Rechnungsabschlüssen beim Bund, den Kantonen, Gemeinden und Schulgemeinden macht auch bei uns in Frauenfeld nicht Halt. Das ist sehr erfreulich und nicht etwa Zufall oder auf glückliche Umstände zurückzuführen. Nein liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das Resultat einer boomenden Wirtschaft, die den Gemeinden und Kantonen Steuereinnahmen zuführt. Das geht einher mit Arbeitsplätzen und Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger. Das zeigen auch die sehr erfreulichen Ergebnisse bei den Rechnungen der Stadt Frauenfeld, und dies ermöglicht es uns letztlich, Aufgaben und Ausgaben wahrzunehmen und Investitionen für die Zukunft zu tätigen. Die positiven Rechnungsergebnisse liegen bei insgesamt 9.9 Millionen Franken, das sind 2.15 Millionen Franken oder 32 % mehr als letztes Jahr. Bei einem Unternehmen spricht man dann von einer deutlichen Gewinnsteigerung und die Aktionäre erwarten eine höhere Ausschüttung. Bei den öffentlichen Haushalten spricht man nicht von Gewinn, sondern von Ergebnis und eine Ausschüttung an den Eigner ist nicht zu erwarten. Der Ertragsüberschuss oder eben das Ergebnis bei der Verwaltungsrechnung beträgt 2.6 Millionen Franken, eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahreswert von 140'000 Franken und dies trotz des fehlenden budgetierten Ertrags von 2.9 Millionen Franken aus dem Landverkauf an Twerenbold und, was wir nicht vergessen dürfen, mit den enthaltenen ausserplanmässigen Abschreibungen von 770'000 Franken für das Hallenbad. Zum guten Ergebnis beigetragen haben die um 1.7 Millio-

nen höheren Steuereinnahmen und auf der Gegenseite der Erfolgsrechnung die um 1.1 Millionen tiefer als erwartet ausgefallenen Sozialhilfe- und Asylkosten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass hier Mehreinnahmen bei den Rückerstattungen vorliegen. Festzuhalten ist, dass der Personalaufwand bei der Stadtverwaltung gegenüber dem Vorjahr von 2017 erneut um 2.2 % oder sprich rund 500'000 Franken angestiegen ist. Der Anteil dieser Kosten liegt gemessen am betrieblichen Aufwand bei 27 %, was ein substanzieller Posten ist. Kritik üben wir an der unklaren Erklärung in der Botschaft zur Auflösung von zusätzlichen Abschreibungen. Es wird zwar erwähnt, dass dies auf das Rechnungsergebnis keine Auswirkung hat, nebst der Begründung, dass dies EDV-technisch nicht anders darzustellen ist, findet sich in den Unterlagen keine weitere einfache Darstellung, die es ermöglicht oder auch erlaubt, den Sachverhalt nachzuvollziehen. Hier erwarten wir mehr Klarheit für die Mitglieder des Gemeinderats, auch wenn sich dieser Entscheid auf einen SRB vom Februar 2019 bezieht. Ein gutes Beispiel liefert hier die Aufstellung der Kostenentwicklung Sozialdienst, Seite 37 im Register 5.

Fraglich sind die Budgetierung und der Ausführungsgrad bei den Investitionen. Wie in der Botschaft ausgeführt, lag die ursprüngliche Planung bei 14.6 Millionen Franken. Mit dem Korrekturfaktor von 20 % wurde ins Budget 11.5 Millionen Franken eingestellt, mit 8.7 Millionen Franken liegt der ausgeführte Wert nochmals 25 % tiefer. Das ist unverständlich und bringt Unsicherheit ins Budget sowie in die Finanzplanung der kommenden Jahre. Der Grundsatz der Realisierbarkeit muss vorherrschen. Es gilt also nur zu budgetieren, was auch umsetzbar ist. Wir sind uns dabei bewusst, dass sich Projekte verzögern. Aber dennoch erwarten wir eine höhere Zielgenauigkeit. Die Frage der Vorfinanzierung, die der Stadtrat beantragt, wurde in der Fraktion intensiv diskutiert. Wir begrüßen, dass die Gewinnverwendung separat beantragt und nicht einfach vom Rechnungsergebnis abgezogen wird. Ob es sinnvoll ist, Vorfinanzierungen zu speisen, ist auch immer eine Ansichtssache, die Meinungen hier sind unterschiedlich. Weil aber das Hallenbadgeschäft in naher Zukunft spruchreif wird, werden wir dieses Vorgehen und den Antrag des Stadtrats unterstützen. Das Nettovermögen ist auf 44.4 Millionen Franken angewachsen, vor allem dank der Neubewertung der Liegenschaften von 7 Millionen Franken. Beim Selbstfinanzierungsgrad haben wir mit 142 % seit Einführung von HRM2 einen neuen Rekordwert.

Auch die Rechnung der Werkbetriebe schliesst mit 7.2 Millionen Franken auf Vorjahresniveau ab, liegt aber deutlich über dem Budget von 1.7 Millionen Franken. Einen deutlichen Zuwachs auf rund 50 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr zeichnet das Eigenkapital aus. Einerseits bedingt durch das Ergebnis, andererseits aufgrund des Kapitalübertrags des Wärmerings. Auch bei den Werkbetrieben haben sich grössere Investitionen verzögert, vor allem die nicht realisierte Erneuerung der Kreuzung St. Galler-, Markt- und Schlossmühlestrasse. Gesamthaft lagen die Nettoinvestitionen bei 7.5 Millionen Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad hat im Vergleich mit den Vorjahren 2015 bis 2017 erneut deutlich abgenommen und liegt bei 111 %. Wir haben bei der letztjährigen Rechnungsdebatte darauf hingewiesen, dass wir vom Stadtrat Antworten erwarten, was die Strategie der Werkbetriebe im Hinblick auf die Marktöffnung und -liberalisierung sein wird. Wir sind erfreut, dass die Arbeiten vorangehen und auch die Fraktionen hierzu informiert wurden. Eine Strategie zu erarbeiten, ist arbeitsintensiv und verlangt gerade bei öffentlichen Körperschaften viel Zeit.

Die Rechnung des AZP schliesst mit rund 160'000 Franken ebenfalls positiv ab, zwar unter den budgetierten Erwartungen, weist aber einen Finanzierungsüberschuss von rund 1 Million Franken aus und ist also selbsttragend.

Fazit: Wir sind wie zu Beginn bereits erwähnt sehr erfreut über die positiven Abschlüsse und wir zählen darauf, dass die Sparbemühungen in den verschiedenen Bereichen weiterhin hochgehalten werden, aber nicht zu Lasten der nötigen Investitionen, und unterstützen den Stadtrat bei seinen Handlungen, die Finanzen der Verwaltung im Lot zu halten.

Der Geschäftsbericht ist für uns sehr informativ und mit 150 Seiten erneut sehr umfassend. Wir bedanken uns hier bei allen Beteiligten, namentlich dem Stadtrat, den Amtsleitern, den Finanzchefs, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihr geleistetes Engagement und die Arbeit im vergangenen Jahr. Die Fraktion FDP ist einstimmig für Eintreten und Annahme der Anträge.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Gemeinderat Heinrich Christ verlässt für einige Zeit den Rat; das absolute Mehr beträgt neu 20.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): "2.58 Millionen Franken im Oschternäschtli" lautete die Schlagzeile in der Thurgauer Zeitung. Unser amtliches Publikationsorgan ist für seine zumeist positive Würdigung der stadträtlichen Verlautbarungen bekannt. Ach du dickes Ei, kommt mir in den Sinn, wenn ich heute meinen Kommentar zum Eintreten auf die Stadtrechnung 2018 abgebe. Schon wieder. Wie erfreulich. Oder doch nicht so gut? Man glaubt es nicht. All die Jahre dasselbe Lied. Die Gründe für die Verbesserung der Erfolgsrechnung um rund 2.34 Millionen Franken sind wenig überraschend, weil Wiederholung. Hauptsächlich geringerer Sachaufwand, höhere Steuererträge und höhere Entgelte. Ich habe mir die Rechnungsabschlüsse der letzten acht Jahre, die ich im Gemeinderat mitwirken durfte, angeschaut und fasse zusammen: 2011 3.3 Millionen Franken besser als budgetiert, 2012 0.5 Millionen Franken über dem Voranschlag, 2013 ein Überschuss von 840'000 Franken, 2014 500'000 Franken besser, 2015 das budgetierte Defizit von 1.7 Millionen Franken wurde zum Glück um 900'000 Franken verfehlt, 2016/2017 hat der GPK-Sprecher Hausammann schon erwähnt auch besser als budgetiert und nun 2018 fast 2.6 Millionen Franken besser. Und würde der Landverkauf wegen des Twerenbold-Referendums nicht im Rechnungsjahr 2019 zu Buche schlagen, hätte es weitere 2.9 Millionen Franken in die Stadtkasse gespült.

Was sagt uns dieser Rückblick? Der Stadtrat legt uns Jahr für Jahr unrealistisch übervorsichtige, ja sogar pessimistisch anmutende Budgets vor, und dann wiederholt sich stets dasselbe. Die Rechnungen fallen wesentlich besser aus als erwartet, dies meistens mit den gleichen Begründungen. Das weckt natürlich Begehrlichkeiten, wie im TZ-Artikel "Mehr Leuchttürme als Tiefflieger" vom 15. Mai nachzulesen ist. Stadtpräsident Anders Stokholm freut sich über die Stadtfinanzen, die im Lot seien. Er stellt fest, seit 2016 erfolgen stets positive Abschlüsse, obwohl wir jeweils negativ budgetiert haben. Er spricht von einer guten Ausgangslage dank des Polsters im Eigenkapital. Seine Kollegin Elsbeth Aepli nimmt den zugespielten Ball dankbar auf und kündigt an, dass ein Antrag auf Verlängerung der Fachstelle für Alters- und Generationenfragen folgen werde. Eigentlich ist diese Stelle nur bis Ende Jahr bewilligt. Aber das kennen wir ja bei der Stadtverwaltung. Befristete Provisorien werden über kurz oder lang zu festen Stellen. So auch im Alterszentrum Park, wo eine Koordinationsstelle für die Aufnahme von Bewohnern geschaffen wurde. Da stellt sich mir die Frage: Konnten neu eintretende Seniorinnen und Senioren in all den vergangenen Jahren vom gut qualifizierten Personal nicht aufgenommen werden? Und: Werden die Kosten für diese Stelle über kurz oder lang auf die ohnehin schon zu hohen Pensionspreise abgewälzt? Auch beim AZP und bei den Werkbetrieben ist die Finanzlage erfreulich wie bei der Stadtverwaltung, wo nach meinem Dafürhalten eine Steuerfusserhöhung auf Jahre hinaus vom Tisch ist. Die gute Ausgangslage, von der unser Stadtpräsident im erwähnten TZ-Artikel sprach, liegt vor, obwohl unser Rat in der letzten Budgetdebatte eine vom Stadtrat beantragte Steuerfusserhöhung versenkte.

Dass die Nettoinvestitionen 2018 einmal mehr unter Budget liegen, trägt zum guten Rechnungsabschluss bei, kann aber sicher nicht darüber hinwegtäuschen, dass der hohe Selbstfinanzierungsgrad von 141.8 % eine Momentaufnahme ist. Zukünftige Investitionen wie zum Beispiel für das Hallenbad oder für eine Festhalle werden diese Finanzkennzahl relativieren. Ich kann dem neugewählten Stadtparlament nur raten: Begleitet die Finanzpolitik des Stadtrats kritisch. Hinterfragt neue Aufgaben, die nicht nötig sind und wehrt euch gegen Wunschbedarf, dessen

Kostenfolgen nicht absehbar sind. Ziel muss es sein, ausgeglichene Rechnungen zu verabschieden. Vereinfacht gesagt heisst das beim Budgetieren weniger Aufwand, mehr Erträge, vor allem bei den Steuern. Das hat sich in den vergangenen acht Jahren immer wieder bewahrheitet. Besser als budgetiert sollte nicht die Regel sein.

Die Stadtquote ist in den letzten acht Jahren unverhältnismässig gewachsen. Neue Stellen in allen fünf Departementen wurden geschaffen. Besonders auffällig ist der Mehraufwand in den Bereichen Stadtentwicklung, Standortförderung, Kommunikation, Planungen Tiefbau, Alter und Gesundheit sowie im Amt für Gesellschaft und Integration. Ein krasses Beispiel für unnötige Aufwendungen sind die bisher aufgelaufenen und zusätzlich bewilligten Planungskosten für die Stadtentlastung Vorstadttunnel, ein Projekt – und da dürfen Sie mich ruhig zitieren –, das in Frauenfeld nie realisiert werden wird. Das sage ich Ihnen heute als gebürtiger Frauenfelder, der mit den Menschen dieser Stadt täglich im Gespräch ist.

Die Classe politique von Frauenfeld hat zu wenig Gespür für das Volksempfinden. Hier im Rathaus wurde in den vergangenen acht Jahren mehrheitlich nicht bürgernah politisiert, sondern parteipolitisch abgehoben. Ich fordere vom neuen Stadt- und Gemeinderat eine Kehrtwende hin zur Erkenntnis, wir alle hier sind Diener des Volks, Dienstleistende für die Einwohnerinnen und Einwohner unserer liebens- und lebenswerten Stadt, wir sind nicht deren politische Vorgesetzte. Wir als Volksvertreter haben den Auftrag gefasst, mit unseren politischen Entscheiden die bestmögliche Entwicklung für die Stadt und ihre Bevölkerung aufzugleisen. Letztlich entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wohin die Reise geht. Ich verabschiede mich heute als Gemeinderat in der Hoffnung, dass die neugewählten Stadtbehörden getreu dem Motto "Gemeinwohl kommt vor Eigennutz" politisieren werden. Ich danke Ihnen herzlich.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich danke Ihnen für die grossmehrheitlich wohlwollende Aufnahme, mit dem letzten Sprecher vielleicht als kleine Ausnahme. Wir freuen uns seitens Stadtrat über das Resultat und wir schauen natürlich gespannt in die Zukunft. Auch für uns ist das Budgetieren und vor allem die Budgetierung bei den Investitionen schwierig und noch nicht zufriedenstellend. Wir müssen dort genauer werden, das haben wir uns auch selber vorgenommen. An dieser Stelle sei einfach ganz klar gesagt, auch beim Budgetieren setzen wir selbstverständlich immer das Gemeinwohl vor jeglichen Eigennutz.

Selbstverständlich werden wir auch weiterhin vermehrt aufgrund geprüfter Rechtsgrundlagen handeln, das nehmen wir uns nicht nur vor, sondern das setzen wir auch um, mindestens aus unserer Sicht. Aber da können wir miteinander noch ein bisschen diskutieren. Auf jeden Fall nehmen wir auch Ihren Dank entgegen, einerseits an unsere Adresse, aber natürlich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und geben diesen weiter.

In einem Punkt muss ich Fredi Marty bei seiner Schlussansprache recht geben. So, wie es bei der Budgetierung und Rechnung jeweils dir ergangen ist, so ist es auch meiner Frau immer ergangen. Sie hat immer gesagt: "Ihr budgetiert zu negativ und es kommt immer positiv heraus." Hat fast immer gestimmt, meistens waren wir besser als budgetiert, in den letzten acht Jahren war das immer der Fall. Das kann man so oder anders anschauen, insgesamt werden wir dieses sicher nutzen.

Zu den Fragestellungen von Thomas Gemperle bzw. von der SVP, um genau zu sein, was Abwasserspezialfinanzierung betrifft: Dort werden wir sicher die Strategie entwickeln. Es gilt einerseits, und das wurde in der GPK bereits so auch beantwortet, die Eigenkapitalhöhe richtig festzulegen, eben auch dann diese Zielvorgabe. Bisher war es 6 Millionen Franken, jetzt sind wir bei 11 Millionen Franken. Ist das allenfalls richtig, zu hoch oder zu tief? Das müssen wir auch anhand der Wertbestände anschauen. Zum anderen gibt es natürlich ein grosses Erfordernis, das auf uns zukommt, das sind die Mikroverunreinigungen, die es auch in der Kläranlage herauszu-

filtern gilt, und das könnte eine grosse Investition werden. Den Umfang kennen wir zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht.

Was die Ausgaben für das Flüchtlingswesen betrifft, so ist es unser Ansinnen, uns beim Grundbedarf an die gesetzlichen Vorgaben zu halten, bei der Integration allerdings nach wie vor auch zu investieren, denn hier ist es wichtig zu investieren, damit eben später die Sozialhilfekosten in diesem Bereich gesenkt werden können. Eine gelungene Integration ist eine, die zu Arbeit führt und entsprechend auch zur Selbstfinanzierung.

Was die Tarifierungsanpassung bei den Werken seitens der SVP-Fraktion betrifft, so werden wir diese sicher genau anschauen. Das wird im Stadtrat ein Thema werden, allerdings werden wir auch dort hinschauen müssen, was für Investitionen auf uns zukommen und die Tarife entsprechend der Investitionen anpassen.

Insgesamt also herzlichen Dank für die positive Aufnahme und wir leiten den Dank gern weiter.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist. Es folgt nun die Detailberatung nach Departementen.

Departement 1 für Finanzen, Stadtentwicklung, Zentrales

Die laufende Rechnung ist im Register hinter den letzten blauen Seiten auf den Seiten 1-53. Bei den Investitionsrechnungen beziehe ich mich immer auf die institutionelle Gliederung. Beim Departement Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales ist dies im Register 2 hinter der blauen Seite 1-3.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: An der GPK-Sitzung vom 9. Mai waren wiederum Stadtpräsident Anders Stokholm und auch der Finanzchef Reto Angehrn zugegen, beide gaben fachkundig Auskunft zu den Fragen der GPK-Mitglieder. Vielen Dank. Vorweg gilt es zu sagen, dass aufgrund erneuter Verbesserungen in der Darstellung und der Präzision der Ausführungen nur wenige Fragen aufkamen. Konkret aber wurde länger über das Aufgabenverständnis der RPK diskutiert, welche sich in Bezug auf das Konto 3636.0178 des Amtes für Kultur direkt beim Leistungserbringer meldete, statt sich dem Dienstweg entsprechend bei der Stadt selber zu melden, welche die Auftraggeberin war. Die Kommission kam überein, dass dies so nicht in Ordnung ist und beauftragte den Stadtpräsidenten, sich mit dem Vorsitz der RPK diesbezüglich auszutauschen.

Weiter wurde gefragt, wie die grössere Anzahl von vakanten Stellen und das nicht benutzte Budget im Personalbereich zu erklären seien. Dies wurde mit Schwierigkeiten bei der Neubesetzung gewisser Stellen erklärt und, teilweise auch der Stadt geschuldet, dass neues, internes Personal oft etwas günstiger sei. Allgemein sei die Fluktuation bei der Stadt Frauenfeld im normalen Bereich und einzig im Alterszentrum erhöht, was wiederum zu erklären ist mit einer bekannten Herausforderung.

Bei den Konten 3010 der Bereiche Zivilschutz 1721 und 1726 und Feuerwehr 1910 ging es um die Frage, wie diese Stellen vertraglich besetzt seien, sprich wie hoch diese nebenamtlichen Kommandanten (Feuerwehr und Zivilschutz) besoldet wurden und bei welchen Pensen. Der Stadtpräsident beantwortete diese Frage schriftlich auf Basis eines Stadtratsbeschlusses. So ist der Feuerwehrkommandant zu 20 % angestellt und der Zivilschutzkommandant, allerdings verteilt auf verschiedene Konten, insgesamt bei etwa 50 %.

Zum Formellen: Es wurde gebeten, in Zukunft bei Verweisen auf die Rechtsgrundlage, wie dies vorkommt, diese auch konkret zu benennen. Bevor es dann zur Schlussabstimmung kam, wies ein GPK-Mitglied mit Adleraugen darauf hin, dass beim Verfassen offenbar ein Schreibfehler passiert sei. So wäre bei Antrag 2.1.2 nicht wie aufgeführt über 579'908.42 Franken abgestimmt, sondern über 576'908.42 Franken. Die GPK F&A hat den Anträgen 2.1.1 und 2.1.2 jeweils einstimmig zugestimmt und empfiehlt Ihnen somit die Annahme der vorgeschlagenen Verwendung des Ertragsüberschusses.

Keine Wortmeldungen zum Departement 1.

Departement 2 für Bau und Verkehr

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Die laufende Rechnung ist im Register 3 auf den Seiten 53-81 und die Investitionsrechnung ist im Register 2 hinter den blauen Seiten 3-17.

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Zuerst zur Erfolgsrechnung: Gegenüber dem Budget schloss die Rechnung beim Aufwand mit rund 660'000 Franken besser ab, und zwar mit 1'623'547.96 Franken. Beim Ertrag war es praktisch eine Punktlandung, er lag knapp 2'500 Franken höher als budgetiert, das heisst bei 444'490.76 Franken. Dann noch einige Erläuterungen zu den einzelnen Positionen, welche in der GPK angesprochen wurden:

Seite 60 Kontogruppe 2120 Stadtplanung Konto 3130.40 Marketing und 3131.00 Planungen und Projektierungen Dritter: Grund für die grossen Abweichungen war, dass intern mehr Arbeiten geleistet werden konnten.

Seite 60 Kontogruppe 2120 Stadtplanung Konto 3132 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten: Beim Thema Altlasten ist es schwierig vorherzusehen, wann was in welchem Umfang aktuell wird, daher hier die grosse Abweichung.

Seite 60 Kontogruppe 2121 Beiträge Kultur- und Naturobjekte Konto 3632.00 Beiträge an Gemeinden und Gemeindezweckverbände: Die hohen Mehrausgaben in diesem Konto haben die Ursache, dass die Beiträge an die Sanierung der katholischen Kirche hier verbucht wurden.

Seite 63 Kontogruppe 2220 Verkehrsplanung Konto 3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten: Dieser Posten wurde nicht benötigt, da keine aufwendigen Abklärungen aufgrund parlamentarischer Vorstösse gemacht werden mussten.

Seite 71 Kontogruppe 2320 Öffentliche Gewässer, Unterhalt Konto 3142.00, Unterhalt Wasserbau und städtische Abwasseranlagen, in der Kontogruppe 2321 Konto 3143.10 Unterhalt Abwasserentsorgung und Seite 73 Kontogruppe 2330 Unterhalt Anlagen Konto 3140.00 Unterhalt an Grundstücken: Bei diesen drei Positionen sind die Erläuterungen nicht ganz präzise. Am 8. Juni 2018 hatten wir das schwere Unwetter und da ist ein Fehler reingerutscht.

Seite 76 Kontogruppe 2340 Abfallbeseitigung Konto 4510.00 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen des EK: Ein Gemeinderat erkundigte sich, ob die Gebühren für die Beseitigung des öffentlichen Abfalls reichen. Der Finanzchef erklärte, dass im Jahr 2018 das Ergebnis um rund 172'000 besser als erwartet abgeschlossen werden konnte. Der Saldo dieser Spezialfinanzierung betrage per Ende 2018 rund 2.2 Millionen Franken.

Dann hänge ich gleich noch die Investitionsrechnung in Register 2 ab Seite 3 an. Hier hat uns Stadtrat Urs Müller erklärt, dass die Nettoinvestitionen um 3.4 Millionen Franken tiefer als bud-

getiert waren. Die grössten Abweichungen sind auf Seite 11 der Botschaft aufgeführt. Es handelt sich nicht um Kosteneinsparungen, da die Projekte verschoben werden mussten oder sich verzögerten, und zwar aus unterschiedlichsten Gründen. Ein Gemeinderat erkundigte sich noch über den Abwasserfonds. Es sei einmal eine Obergrenze von 6 Millionen Franken kommuniziert worden, nun sei man bei 11 Millionen Franken angekommen. Hier wurde die Antwort heute schon nachgeliefert. Stadtrat Urs Müller erklärte an der GPK-Sitzung, dass die interne Weisung in Bearbeitung sei, im Weiteren seien die Kosten für die Bekämpfung der Mikroverunreinigungen in der Kläranlage noch unklar.

Die GPK stimmte der Rechnung für das Departement 2 einstimmig zu. Wir empfehlen Ihnen, dies ebenfalls zu tun.

Keine Wortmeldungen zum Departement 2.

Departement 3 für Werke, Freizeitanlagen und Sport

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Die laufende Rechnung ist im Register 3 auf den Seiten 81-96 enthalten. Die Investitionsrechnung im Register 2 auf den Seiten 17-18.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die grossen Abweichungen bei der Rechnung des Amts für Freizeitanlagen im Vergleich zum Budget im operativen Bereich ergaben sich durch Wetterextreme im letzten Jahr. Dem Sturm im Januar, dem Jahrhundertgewitter am 8. Juni und dem Hitzesommer überhaupt. Das zeigte sich an Schäden, die nicht durch Versicherungen gedeckt waren, sowie den Bedarf an grösseren Wassermengen, die entsprechend auch vorgeheizt werden mussten. Dazu kommt beim Hallenbad die noch grössere buchhalterische Abweichung. Dass die vorgesehene Vorfinanzierung des Hallenbads von 2 Millionen Franken nicht getätigt wurde, wurde ja schon an anderen Stellen erwähnt. Dafür wurden im Konto 3301.40 769'500 Franken auf Gebäudeteile, die dem Neubau zum Opfer fallen, zusätzlich abgeschrieben, damit diese Gebäudeteile beim Abriss vollständig abgeschrieben sind. Alle anderen Abweichungen zum Budget wurden uns plausibel erklärt und die GPK empfiehlt einstimmig, die Rechnung zu genehmigen.

Noch ein Wort zur Botschaft zum Thema Nutzung der Abwärme der Kunsteisbahn, das betrifft den Antrag 6 auf Seite 34 und die Abrechnung zu diesem Projekt im Anhang. Hier ist zu präzisieren, dass zu den effektiven Kosten mehr umgesetzt wurde, als im Nettokredit von 1.1 Millionen Franken bewilligt worden war. Es wurde zusätzlich noch der Ersatz der Kondensatorenkühlanlage vorgenommen, welche in der gleichen Botschaft als gebundene Ausgabe erwähnt wurde und mit 120'000 Franken erstmals im Budget 2013 veranschlagt war. Der Nettokredit und der Voranschlag zusammen betragen also 1.22 Millionen Franken. Ausgegeben wurden insgesamt 1'126'901.75 Franken, die wir hier genehmigen müssen, weil diese beiden Arbeiten in der gleichen Investitionsrechnung verbucht wurden und nur mit grossem Aufwand entflechtet werden könnten. Was auf den ersten Blick nach einer leichten Budgetüberschreitung aussieht, ist in Wirklichkeit ein erfolgreiches Projekt, welches mit fast 100'000 Franken unter Budget abgeschlossen werden konnte, und das erst noch umfangreicher als ursprünglich geplant. Das Schulhaus Auen wurde ja auch noch angeschlossen. Die GPK empfiehlt dem Rat ohne Gegenstimme, den Antrag 6 anzunehmen. So weit so gut. Wir wünschen allen Mitarbeitenden des Amts für Freizeitanlagen eine ereignisärmere Zeit, bevor dann der Lupf mit dem Hallenbad zu stemmen ist.

Keine Wortmeldungen zum Departement 3

Departement 4 für Alter und Gesundheit

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Die laufende Rechnung ist im Register 3 auf den Seiten 97-105 enthalten. Investitionsrechnung ist hier keine vorhanden.

Gemeinderätin Ursula Duewelle (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die Rechnung 2018 des Departements schliesst mit Mehrausgaben von rund 636'000 Franken ab. Für die Mehrausgaben verantwortlich ist einerseits das Konto 4122.3631 Prämienverbilligungen an den Kanton mit rund 500'000 Franken und andererseits das Konto 4141.3631.01 Gemeindebeiträge Pflegefinanzierung mit 103'000 Franken. Die Budgetierung erfolgte gemäss Vorgaben des Kantons. Die Rechnung wird ebenfalls vom Kanton gestellt. Eine Einflussnahme der Stadt ist hier nicht möglich. Auch die Mehrausgaben von 76'000 Franken beim Konto 4140.3635.02 Beiträge Langzeitpflege an private Institutionen sind nicht beeinflussbare Faktoren. Die Budgetüberschreitungen bei der Abteilung Krankenkasse Konto 4120 sind mit Personalwechseln in der Abteilung begründet. Für das Konto 4113 Projekte wünscht die GPK, dass in Zukunft die gelben Dimensionsblätter durch die Zusammenstellung Honorare und Projekte ersetzt werden. Diese gibt eine bessere Übersicht über die verschiedenen Projekte. Im Zusammenhang mit der Weiterführung der Fachstelle Alters- und Generationenfragen hat sich die GPK zu einer separaten Sitzung getroffen. Die GPK fordert, dass die Botschaft bis Anfang August oder spätestens Mitte September vorliegt, damit der Rat im September oder spätestens im Oktober über die Fortführung der Fachstelle Alters- und Generationenfragen entscheiden kann. Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen stimmte der Rechnung 2018 einstimmig zu.

Keine Wortmeldungen zum Departement 4.

Departement 5 für Gesellschaft und Soziales

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Die laufende Rechnung ist im Register 3 auf den Seiten 105-124 enthalten. Die Investitionsrechnung im Register 2 auf den Seiten 19-20.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Dieses Departement hat bei den Ausgaben 1.1 Millionen Franken unter Budget abgeschlossen und hat selbstredend einen guten Anteil am positiven Abschluss oder eben am besseren Abschluss, als das Budget ausgewiesen hatte, beigetragen. Da stellte sich uns natürlich die Frage: Wurde in diesem Departement besonders schlecht budgetiert? Es wurde uns schlüssig erklärt, dass die Abweichungen fast ausschliesslich durch nicht planbare und nicht beeinflussbare Faktoren zustande gekommen sind. Eine Ursache ist zum Beispiel, dass zum Zeitpunkt der Hochrechnungen, die jeweils Ende Juni des Vorjahres gemacht werden, niemand weiss, was in diesen eineinhalb Jahren, bis dann die Rechnung steht, passiert. Ein Beispiel dafür sind die Rückerstattungen von Sozialleistungen wie IV und EL. Niemand weiss, wann die genau kommen und in welchen Tranchen. Das ist äusserst schwierig vorherzusehen, wurde uns gut erklärt. Die GPK hat aber den Eindruck, dass in diesem Departement gut und gewissenhaft gearbeitet wird und nach bestem Wissen und Gewissen budgetiert wird, halt den Möglichkeiten entsprechend.

Trotz des besseren Abschlusses wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass wir die Augen nicht davor verschliessen dürfen, dass der Trend in den Sozialausgaben zu mehr Ausgaben geht. Aufgrund der höheren Gesundheitskosten – wir wissen es selber, die Krankenkassenprämien steigen – und auch der höheren Mieten. Das sollten wir nicht vergessen, auch wenn jetzt der Abschluss gut war.

Zum Amt für Soziale Dienste auf Seite 106 möchte ich zwei Punkte erwähnen. Zuerst einmal wurde uns der neue Amtsleiter Martin Gfeller vorgestellt. Der Eindruck der GPK ist, dass er viel Erfahrung mitbringt und kompetent all unsere Fragen beantworten konnte, obwohl er nicht so viel Zeit hatte, sich ins Departement einzuarbeiten.

Untergruppe 5111 Asyl ab Seite 109: Hier haben wir Minderausgaben von 553'000 Franken. Da stellte sich natürlich auch in der GPK noch einmal die Frage, wieso jetzt mit diesen Minderausgaben die Ansätze für Asylanten tiefer gemacht werden. Wir haben das ja schon gehört in diesem Rat, es wurde auch publik in der Zeitung. Vom Departement wurde uns erklärt, dass es sich nicht um eine Sparmassnahme handelt, sondern um eine Anpassung an die kantonale Wegleitung Asyl 2017 nach dem Primat der Gleichbehandlung von Asylsuchenden im Kanton und in der Schweiz. Wichtig, das hat der Stadtpräsident vorhin auch schon betont, ist in diesem Departement, und das war auch der GPK wichtig, dass die Integrationsmassnahmen nicht gesenkt werden. Hier soll der Schwerpunkt sein, weil das allen Beteiligten und auch den Stadtfinanzen hilft.

Im System des Asylwesens hat es ganz viele Zufälligkeiten. Zum Beispiel in der Untergruppe 4260.71 auf der Seite 109 Rückerstattung Asylbewerber, da haben wir 300'000 Franken mehr erhalten, ein beträchtlicher Betrag. In der Bemerkung rechts können wir sehen, dass es um eine Globalpauschale geht. Wer es genau liest, sieht, dass man einmal mehr kriegt, einmal weniger kriegt, diesmal war es positiv, es kann ein anderes Mal auch negativ sein. Das ist ziemlich zufällig. Wer es genau wissen will, studiert die Bemerkung, die GPK fand es schlüssig.

Berufsbeistandschaft Konto 512 ab Seite 111: Bei Konto 3030 sind uns die Mehrkosten von temporären Arbeitskräften aufgefallen. Das hat uns mit Sorge erfüllt. Die Ausfälle einerseits und andererseits die Schwierigkeit, neue Angestellte zu finden. Es wurde uns erklärt, dass es tatsächlich sehr schwierig ist, hier Menschen zu finden, die bereit sind, in diesen Bereichen zu arbeiten, unter anderem wegen der schlechten Presse, die das KESB und die Beistände immer wieder bekommen. Wer will sich das noch antun, in diesem Bereich zu arbeiten? Darum ist der Arbeitsmarkt sehr ausgetrocknet, es ist schwierig, Leute zu ersetzen, dann muss man temporäre Arbeitskräfte einsetzen, die halt dann teurer sind.

Zum Amt für Gesellschaft und Integration ab Seite 111 mit Amtsleiter Markus Kutter: Da muss ich nur etwas sagen. Die Diskussion der Rechnung hat kaum nennenswerte Fragen gebracht. Wir haben uns gefreut über die Abrechnung in der Investitionsrechnung, Reiter 2 die allerletzte Seite zum Pumptrack. Da sind die Ausgaben zwar massiv höher als gedacht, das wird aber auf der Seite 78 gut begründet. Statt 40'000 Franken hat der Pumptrack 69'400 Franken gekostet. Positiv war aber auch, dass die Spenden 6'000 Franken über Budget sind. Wenn man sieht, wie der Pumptrack von ganz unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen genutzt wird und wie an diesem Beispiel Jugendliche erfahren durften, dass es sich lohnt, sich für etwas einzusetzen, erkennt, dass der Pumptrack ein grosser Erfolg ist. In unserer GPK wurde das sehr erfreut zur Kenntnis genommen.

Die GPK dankt der Stadträtin und den Amtsleitern und allen Beteiligten ganz herzlich für ihre Arbeit und wir empfehlen die Rechnung einstimmig zur Annahme.

Keine Wortmeldungen zum Departement 5.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Somit haben wir die Abteilungen der Stadtverwaltung abgeschlossen und wir behandeln noch die übrigen Register des Rechnungsordners. Zur weiteren Diskussion steht das Register 4 Bilanz 2018 inklusive Anlagespiegel und Geldflussrechnung.

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Wir kommen nun zum Anhang der Jahresrechnung 2018 Register 5.

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Damit haben wir die Diskussion zur Stadtverwaltung abgeschlossen. Wir kommen nun zu den Rechnungen der stadteigenen Betriebe.

Rechnung der Werkbetriebe 2018

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Die Erfolgsrechnung finden Sie im Register 7, Investitionsrechnung Register 6, die Bilanz Register 8 und Lagebericht Eigenkapitalnachweis und Kennzahlen im Register 9.

Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Wir möchten uns beim Stadtrat Ruedi Huber, der übrigens an dieser Sitzung seine letzte Vorstellung bei uns hatte, Reto Angehrn, Peter Wieland und Michael Gemperle bedanken. Sie präsentierten uns an der Sitzung vom 30. April die Rechnung der Werkbetriebe und stellten sich unseren Fragen.

Die Werkbetriebe haben ein sehr erfolgreiches Jahr hinter sich. Allerdings war die Belastung der Mitarbeitenden teilweise sehr hoch. Dieser Zustand sollte unbedingt verbessert werden. Fragen aus der GPK gab es nur eine, und zwar zur Schlussabrechnung der Maurerlehrhalle. Die detaillierte und transparente Schlussabrechnung mit den Begründungen für die Kostenüberschreitungen befinden sich auf den beiden letzten Seiten im Register 1. Der Baukredit von 420'000 Franken wurde um knapp 125'000 Franken überschritten. Das ist eine Kostenüberschreitung von fast 30%. Wenn sich Mehrkosten abzeichnen, ist der Normalfall, dass man einen Nachtragskredit einholt. Bei der Maurerlehrhalle war es leider so, dass man diese Kostenüberschreitung erst feststellte, als die Arbeiten schon fertig waren. Wir als Gemeinderat können daher nichts anderes machen, als diese Abrechnung mit der ausgewiesenen Kostenüberschreitung zu genehmigen oder sie nicht zu genehmigen. Stadtrat Ruedi Huber und der Leiter Werkbetriebe Peter Wieland haben im Zusammenhang mit dieser Kostenüberschreitung nichts schöngeredet. Man hat aus den Vorkommnissen auch schon Konsequenzen gezogen und die Organisationsstruktur angepasst, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten neu und klar definiert. Die GPK empfiehlt daher einstimmig, die Abrechnung der Maurerlehrhalle gemäss Antrag 5 der stadträtlichen Botschaft zu genehmigen. Ebenfalls einstimmig werden die Rechnung der Werkbetriebe (Antrag 3) sowie die Zuweisung des Nettoertragsüberschusses auf das Konto Gewinnvortrag Vorjahr (Antrag 3.1) zur Genehmigung empfohlen.

Keine Wortmeldungen.

Rechnung Alterszentrum Park 2018

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Somit kommen wir zur Rechnung des Alterszentrums Park für das Jahr 2018. Die Erfolgsrechnung finden Sie im Register 10, Bilanz Register 11, Anhang im Register 12.

Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die Rechnung 2018 schliesst mit einem Gesamtaufwand von 19.5 Millionen Franken mit einem Ertragsüberschuss von 175'412 Franken ab. Das sind rund 100'000 Franken weniger als budgetiert.

In der Rechnung Ergaten führt eine höhere RAI-Einstufung der Bewohnerinnen und Bewohner zu Mehrausgaben bei Personalaufwand und Pflege. Dieser wird jedoch durch Mehreinnahmen bei den Pflege- und Betreuungstaxen kompensiert. Die um rund 200'000 Franken höheren Ausgaben bei der Besoldung Hotellerie (Konto 34) wurden mit Personalwechsel und Langzeitausfällen wegen Krankheit und Unfall begründet. Die Versicherung übernimmt die Kosten erst nach einem Ausfall von zwölf Monaten. Auch konnten weniger Praktikanten eingestellt werden. Diese Stellen mussten mit Mitarbeitenden besetzt werden, was ebenfalls zu Mehrkosten führte. Auch bei der Rechnung Parksiedlung führte eine höhere RAI-Einstufung der Bewohnerinnen und Bewohner zu mehr Personalaufwand, aber auch zu mehr Ertrag bei den Pflege- und Betreuungstaxen. Dadurch ist das Gesamtergebnis leicht höher als budgetiert. Die Einlage dieses Ertragsüberschusses führt neu zu einem positiven Saldo im Konto 2203 Defizit Parksiedlung.

Die GPK stimmt den Anträgen unter Punkt 4 einstimmig zu. Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des AZP und auch der Abteilung Gesundheit und Alter für die geleistete Arbeit. Auch konnten sich die Mitglieder der GPK und die aktuellen und zukünftigen Stadträtinnen und Stadträte sowie die Amtschefs beim Legislatorschlussessen von der Qualität und dem guten Service im Restaurant des AZP überzeugen. Nochmals herzlichen Dank an die Hotellerie für die gute Bewirtung. Meinen GPK-Kolleginnen und -Kollegen danke ich ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit in der vergangenen Legislatur.

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Fürs Protokoll: Gemeinderat Heinrich Christ ist wieder im Rat. Der Rat ist wieder vollzählig und wir haben das absolute Mehr von 21. Die Rechnungen der Departemente und Betriebe haben wir nun beraten und kommen nun zum Geschäftsbericht für das Jahr 2018

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Ich bitte um ein bisschen Nachsicht. Ich habe leider vergessen, mein Votum für die Fraktion zu halten, wofür ich mich entschuldige, aber ich trage das hier gern nach. Zum einen bin ich es von früher gewohnt, dass man eine materielle Beratung dann macht, wenn sie auch ist, es gab früher Präsidenten, die das anders wollten. Zudem stehen meine Bagger momentan in einer Hochwassersituation, daher habe ich nicht immer genau zugehört, was gesagt wurde. Ich möchte mich für diesen Lapsus ganz förmlich entschuldigen.

Die CVP/EVP-Fraktion hat die Rechnung und den Geschäftsbericht im Detail beraten. Wir sind wie beim Eintreten bereits erwähnt mit der Rechnung und mit dem Budget zufrieden. Die Übereinstimmung ist für uns soweit gut, und wo es nicht stimmt, wurde es seriös begründet. Dies zum Beispiel bei den Mehrkosten beim Umbau der Maurerlehrhalle. Die Werkbetriebe haben aber ein Kostenmanagement für solche Projekte in Aussicht gestellt, das finden wir gut und uns genügt diese Antwort so. Wir haben aber insgesamt noch ein paar allgemeine Bemerkungen.

Beim Departement Bau und Verkehr schliesst die Rechnung 600'000 Franken besser ab als im Budget. Allein in der Verkehrsplanung wurden 220'000 Franken eingespart, weil im Rechnungszeitraum keine Kosten für externe Gutachten angefallen sind. Das nehmen wir gern zur Kenntnis. Bei budgetierten Investitionen von 8.7 Millionen Franken wurden nur rund 6 Millionen Franken ausgegeben, dafür gibt es viele Gründe. Um in zukünftigen Rechnungen nicht mehr so grosse Differenzen zu haben, muss da etwas geändert werden. Wir sehen diese Aufgabe bei der

zuständigen GPK zusammen mit dem Stadtrat und den zuständigen Amtsstellen. Es ist ein Instrumentarium zu schaffen, welches in Zukunft solche Sachen umgeht und uns eindeutig erklären kann, wie wir genauer budgetieren können.

Zur Rechnung der Werkbetriebe: Der Nettoertragsüberschuss von mehr als 7 Millionen Franken ist ein sehr gutes Ergebnis. Am meisten verdient haben die Werkbetriebe beim Erdgas mit mehr als 3 Millionen Franken, beim Strom mit rund 2.5 Millionen Franken, das ist sehr viel. Die CVP/EVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Werkbetriebe sehr gut und effizient geführt sind und dass die Strukturkosten sehr tief sind. Die Werkbetriebe sind aber personell eher knapp besetzt, was bedeutet, dass die Belastung der einzelnen Mitarbeiter zugenommen hat. Dies muss man im Auge behalten. Wir nehmen zur Kenntnis, dass im Abwasserfonds in der Zwischenzeit 11 Millionen Franken liegen. Der Abwasserzweckverband muss in naher Zukunft in eine Modernisierung investieren. Dies ist nötig, weil die Verunreinigung des Abwassers durch Mikropartikel zunimmt. Wie viel diese Modernisierung kosten wird, wissen wir nicht, deswegen sind wir für diesen Fonds von 11 Millionen Franken.

Beim Departement unserer Stadträtin wurden wir ebenfalls über die hohen Personalkosten informiert. Es freut uns, dass bereits Massnahmen im Bereich des Personals getroffen worden sind. Uns scheint hier ein grosses Potenzial, denn zufriedene Mitarbeiter, die lange bleiben, führen schliesslich auch zu besseren Rechnungsabschlüssen. Weiter freut uns der gute Selbstfinanzierungsgrad von 139 % und auch weitere Kennzahlen, die verbessert wurden. Aber halt! Bevor ich zum Schluss komme, noch ein Gedanke in die Zukunft.

Nur weil wir jetzt einmal Glück gehabt haben, können wir nicht einfach die Hände in den Schoss legen, nachdem im letzten Herbst viele hier drin meinten, es braucht unbedingt eine Steuererhöhung. Nutzen wir das gewonnene Jahr, um die nötige Optimierung vorzubereiten oder möglichst schon umzusetzen, statt uns auf den Lorbeeren auszuruhen. Es ist unsere Pflicht im Rat, auch in der sogenannten guten Zeit vorausschauend zu unserem Haushalt zu schauen. Denn wenn in der Finanzierung die schwierigen Zeiten kommen, und diese kommen sicher, stehen wir eventuell mit dem Rücken zur Wand und werden Sparmassnahmen nur unter Druck und Zwang einführen müssen. Klar ist, dass bei solchen Rahmenbedingungen dann schmerzhaft, unpopuläre oder gar unvernünftige Entscheide gefällt werden müssen. Dies ein Gedanke in die Zukunft.

Jetzt komme ich zum Schluss. Der Stadtrat unterbreitet uns eine solide Rechnung und einen guten Geschäftsbericht. Die CVP/EVP-Fraktion dankt für die gute Arbeit auf allen Stufen der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park. Wir von der CVP/EVP stimmen allen Anträgen und dem Geschäftsbericht zu.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Vielen Dank. Ich freue mich auch noch über späte Voten. Ich weiss, ich bin manchmal eine schnelle Bernerin. Somit erkläre ich die Beratung für abgeschlossen.

Abstimmung

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2.1 (inkl. Anträge 2.1.1 und 2.1.2) werden einstimmig angenommen.

Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3.1 wird mit 39 Ja gegen 0 Nein bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 4 wird einstimmig angenommen.

Antrag 4.1 (inkl. Anträge 4.1.1, 4.1.2, 4.1.3 und 4.1.4) werden einstimmig angenommen.

Antrag 5 wird mit 39 Ja gegen 0 Nein bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 6 wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Wir danken den Verantwortlichen in den Ämtern und Abteilungen sehr herzlich für die wertvolle Arbeit zugunsten unserer Stadt Frauenfeld und den Mitarbeitenden für ihre Umsicht im Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Wir kommen noch zu einem speziellen Anlass. Gemeinderat Robert Zahnd hat heute seine letzte Gemeinderatssitzung. Er gehörte dem Rat seit 2003 an und wirkte in zahlreichen Kommissionen mit. Insgesamt sass Röbi, wie wir ihn nennen, 34 Jahre lang, nämlich von 1979 bis 1997 und von 2003 bis 2019 für die Fraktion SVP/EDU im Gemeinderat. Da er am anschliessenden Legislaturabschluss nicht dabei sein kann, bedanken wir uns an dieser Stelle bei Gemeinderat Robert Zahnd für sein Wirken hier im Rat und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute. Ich finde, diese 34 Jahre sind ein Applaus wert.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP): Lieber Röbi, auch im Namen der Fraktion danken wir dir ganz herzlich für den wunderbaren Einsatz, den du in den vergangenen 34 Jahren, aufgeteilt in zwei Einheiten gegeben hast. Wir sind stolz, dass du für uns diese Arbeit auf dich genommen und dich so eingesetzt hast für die Frauenfelder Bevölkerung. Nicht nur für die Partei, sondern eben für die Frauenfelder Bevölkerung. Wir haben dir etwas Tranksame mitgebracht, werden dich natürlich auch noch im Rahmen der Fraktion verabschieden. Aber ich glaube, dies soll noch etwas dazu beitragen, dass der Becher hin und wieder gefüllt werden kann. Wir wünschen dir für die Zukunft beruflich, privat, vor allem auch gesundheitlich alles, alles Gute, toi toi toi. Bleib, wie du bist und wenn du Lust hast, komm doch mal auf die Tribüne, da kannst du wieder einmal ein bisschen zuhören.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Montag, den 27. Mai statt. Sie beginnt um 17 Uhr. Dies ist die konstituierende Sitzung und wird in der neuen Zusammensetzung des Gemeinderats stattfinden. Eröffnet wird die Sitzung durch das amtsälteste Ratsmitglied Gemeinderat Stefan Geiges. Abmeldungen für diese Sitzung bitte an den Gemeinderatssekretär Herbert Vetter. Vielen Dank.

Mein Dank geht das letzte Mal an Sie für das aktive Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck, an das Team der Stadtkanzlei und des Rathauses für die tolle Vorbereitung. Ich erkläre meine letzte Gemeinderatssitzung für geschlossen und lade nun alle geladenen Gäste herzlich um Abschluss der Legislatur zum Apéro im kleinen Bürgersaal ein.

- - -

Schluss der Sitzung: 18:35 Uhr

* * *